

## 10. Landesparteitag, 1. Tagung

### Antragsheft 1



P-Anträge.....	2
P01 - Die Linke als organisierende Kraft im Alltag der Menschen verankern .....	2
P02 - Regelmäßig Leitanträge.....	8
P03 - Zur Programmdebatte.....	9
P04- Für eine starke Linke im gesamten Land.....	10
P05 - Finanzielle Stärkung für den ländlichen Raum.....	15
P06 - Gegen Doppelstandards und Hexenjagden.....	16
P07- Solidarische Verpflegung auf offiziellen Veranstaltungen des Landesverbandes Baden- Württemberg – Vegan als Standard .....	18
P08 - Nein zu generativer KI - Menschliche Kreativität fördern.....	19
P09- Der Jugend eine Zukunft!.....	20
P10 - Wir wollen verändern, nicht regieren!.....	22
P11 - Heidenheim Antrag 1 .....	24
P12 - Heidenheim Antrag 2 .....	26
P13 - Heidenheim Antrag 3 .....	28
P14 - Heidenheim Antrag 4 .....	30
P15 - Heidenheim Antrag 5 .....	32
P16 – Heidenheim Antrag 6.....	34
G-Anträge .....	36
G01 - Zivilgesellschaft schützen.....	36
G02 - Konnexitätsprinzip einhalten – Kommunalfinzen stabilisieren .....	37
G03 - Sicherheit für die Menschen statt Vaterlandsverteidigung.....	39
G04 - Psychische Gesundheit ist kein Luxus!.....	41
G05 - EnBW in Gemeineigentum unter demokratischer Verwaltung und Kontrolle .....	43
G06 - Sozialabbau bekämpfen. In den Kommunen beginnen.....	45
G07 - Stoppt Krieg, Vertreibung und Völkermord im Nahen Osten .....	48
G08 – Heidenheim Antrag 7 .....	50

P-Anträge: Anträge, die Parteiarbeit betreffend.

G-Anträge: Anträge, die Gesellschaft betreffend/ Forderungen nach außen.

## P-Anträge

Antrags-Nr.	P01
Antragsteller*in	Landesvorstand

### 1 **P01 - Die Linke als organisierende Kraft im Alltag der Menschen** 2 **verankern**

3 Wir haben am 8. März das historisch beste Ergebnis bei einer Landtagswahl in Baden-  
4 Württemberg erzielt. Den Einzug in den Landtag haben wir dennoch knapp verpasst.  
5 Gestärkt und mit Blick auf die Wahlergebnisse werden wir linke Gegenmacht in Baden-  
6 Württemberg aufbauen: Uns haben 265.087 mit der Erst- und 237.062 Wähler\*innen  
7 mit der Zweitstimme gewählt. Am stärksten haben wir bei den Erstwähler\*innen  
8 abgeschnitten, bei Frauen stärker als bei Männern. In den Großstädten und Unistädten  
9 haben wir die besten Ergebnisse erzielt. Die höchsten Kompetenzwerte sprechen uns  
10 die Menschen bei Miete und sozialer Gerechtigkeit zu.

11 Mit über 130.000 Haustüren haben wir unser Ziel weit übertroffen. Wir konnten in 25  
12 von 33 Kreisverbänden Aktivengruppen aufbauen. Nach dem Wahlkampf stehen wir  
13 mit mehr als 10.700 Mitglieder gestärkt da.

14 Der Landtag von Baden-Württemberg ist am 8. März weit nach rechts gerückt. Für uns  
15 ist das ein Auftrag für die kommenden zwei Jahre: Wir stellen uns als die soziale und  
16 solidarische Opposition in Baden-Württemberg auf. Wir überlassen die Oppositionsrolle  
17 nicht den Rechten. Gemeinsam mit den über 260.000 Menschen, die uns gewählt  
18 haben, werden wir den Widerstand gegen sozialen Kahlschlag und Rechtsruck  
19 organisieren.

20 Unsere Ziele für die kommenden zwei Jahre:

- 21 • Wir stärken unsere Rolle als Partei der Mieter\*innen und weiten  
22 Sozialsprechstunden weiter aus.
- 23 • Wir starten eine Bildungsoffensive für die Neumitglieder und  
24 Kreisverbände
- 25 • Wir organisieren den Widerstand gegen die Wehrpflicht.
- 26 • Wir verbinden Sozialpolitik mit Klassenpolitik und verankern uns stärker  
27 in den Gewerkschaften.
- 28 • Wir stärken uns in den Städten und verankern uns auf dem Land
- 29 • Wir verankern Die Linke stärker in migrantischen Communities  
30

### 31 **Wir stärken unsere Rolle als Partei der Mieter\*innen und weiten** 32 **Sozialsprechstunden weiter aus.**

33 Wir werden Die Linke als eine **organisierende Kraft mit konkretem Nutzen im Alltag**  
34 der Menschen (Gebrauchswert) verankern. Wo andere die Vereinzelung organisieren,

35 organisieren wir inklusive Gemeinschaften und werden als Kraft der gelebten  
36 Solidarität erfahrbar.

37 Wir werden uns aktiv an der bundesweiten **Mietenkampagne** beteiligen und bauen  
38 diese in Baden-Württemberg mit eigenen Formaten aus. Damit festigen wir unseren  
39 Status als Partei der Mieterinnen und Mieter. Wir legen dabei einen Fokus auf  
40 Mieter\*innenversammlungen und nutzen das Instrument der Einwohneranträge, um  
41 nicht für, sondern mit den Menschen eine Gegenmacht von unten aufzubauen und den  
42 Mietenotstand zu bekämpfen. Unser Ziel ist es bis November 2027 an insgesamt  
43 150.000 Haustüren zu klopfen. Wir gehen den ersten Schritt zum Aufbau einer  
44 Mieter\*innenbewegung und führen unsere Mietenkampagne damit auf ein qualitativ  
45 höheres Level. Die Zeit zwischen den Wahlen werden wir nutzen, um reale  
46 Verankerung vor Ort nah bei den Menschen zu schaffen. Initiativen wie der  
47 Heizkostencheck oder die von der Bundestagsfraktion entwickelte Mietwucherapp  
48 sind wichtige Schritte, um den konkreten Gebrauchswert der Linken zu stärken.

49 Um unseren Gebrauchswert weiter zu stärken, werden wir überall, wo wir über eigene  
50 Büros verfügen, **Sozialsprechstunden** und „Die Linke hilft“-Strukturen etablieren.  
51 Diese sollen eine Anlaufstelle für niedrigschwellige Unterstützung für hilfesuchende  
52 Menschen dienen – ohne Ausgrenzung und Schikane. In Zusammenarbeit mit  
53 Gewerkschaften, Sozialverbänden wie AWO, VDK, Paritätischer Wohlfahrtsverband,  
54 Mieter\*innenverbänden, der Diakonie und Caritas und Betroffenen Organisationen wie  
55 der Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg kämpfen wir für ein starkes soziales  
56 Netz, das niemanden zurück lässt.

57 Wir möchten damit auch mehr als eine sozialstaatliche Hilfestellung geben. Wir  
58 arbeiten damit daran, die soziale Frage zu politisieren, konkrete Gegenmacht zu  
59 organisieren und solidarische Netzwerke zu schaffen. Das ist mehr als bloße Beratung,  
60 das ist der Weg von den Bedürfnissen der Menschen in die konkrete politische Aktion.

### 61 **Wir starten eine Bildungsoffensive für die Neumitglieder und Kreisverbände**

62 Seit Ende 2024 haben wir viele Neumitglieder begrüßt und uns mehr als verdreifacht.  
63 Wir starten daher eine **Neumitgliederoffensive**. Unser Ziel: wir wollen auf  
64 Landesebene als auch in unseren Kreis- und Ortsverbänden möglichst viele  
65 Neumitgliedertreffen veranstalten und konkrete **Angebote für Engagement und**  
66 **politische Weiterbildung** machen. Außerdem planen wir all unsere Neumitglieder  
67 anzurufen, die in den letzten Monaten Mitglied geworden sind, um ihre Fragen zu  
68 beantworten und mit ihnen zu besprechen, wie wir gemeinsam mit der Linken  
69 durchstarten können. Dies soll dann in landesweite (Neu-)mitgliederzoom münden, in  
70 denen wir die Strategie unseres Landesverbandes vorstellen und diskutieren werden.

71 Begleitet wird diese innerparteiliche Gesprächsoffensive durch eine parteiinterne  
72 Bildungsoffensive in Absprache mit der uns nahestehenden Rosa-Luxemburg-Stiftung,  
73 um Doppelangebote zu vermeiden. Unsere **Bildungsoffensive** als Landesverband soll  
74 dabei drei Schwerpunkte haben.

75 1. **Neumitgliederbildung:** Wir wollen uns gemeinsam in der Geschichte der Linken  
76 verorten, marxistische Grundlagenseminare anbieten und über unsere Utopie des  
77 demokratischen Sozialismus ins Gespräch kommen.

78 2. Den **Programmprozess** wollen wir mit einem Bildungsprozess zu Grundsatzfragen  
79 verschränken.

80 3. Mit Blick auf unsere gewachsenen Strukturen und die Kommunalwahlen 2029  
81 brauchen wir mehr Genoss\*innen, die befähigt werden, künftig politische  
82 Verantwortung auch auf der **Funktionsebene** zu übernehmen. Wir werden  
83 Bildungsprogramme entwickeln und umsetzen, die sich speziell an Genoss\*innen  
84 richten, die bereit sind, Verantwortung in der Partei zu übernehmen und unsere  
85 Strukturen zu verbreitern und zu organisieren.

86 An gute Erfahrungen in der politischen Bildungsarbeit wie dem Sommercamp, den  
87 U35-Konferenzen, Frauen\*konferenzen und den Frühjahrspraxisakademien wollen wir  
88 anschließen. In unserem nächsten Sommercamp werden sich die genannten  
89 Schwerpunkte unserer  
90 Bildungsarbeit widerspiegeln. In den Programmprozess bringen wir uns darüber hinaus  
91 auch durch die Organisation von Regionalkonferenzen in den vier Baden-  
92 Württembergischen Regierungsbezirken ein.

### 93 **Wir organisieren den Widerstand gegen die Wehrpflicht.**

94 Die Linke kann nicht allein die großen Probleme unserer Zeit wie den Rechtsruck, die  
95 um sich greifende Militarisierung, die Klimakatastrophe oder die immer größer  
96 werdende Spaltung in Überreiche und alle anderen bewältigen. Sie braucht hierfür  
97 starke Partner\*innen und Verbündete in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen –  
98 etwa für Klimagerechtigkeit, für Antifaschismus und Antirassismus. Die Linke wird  
99 deshalb den **Aufbau und die Stärkung von Bewegungen** unterstützen, die Antworten  
100 auf die großen Fragen unserer Zeit geben.

101 Wir werden dabei zwei Schwerpunkte setzen: Wir unterstützen die **Jugendbewegung**  
102 **gegen die Wehrpflicht**. Wir sehen es als unsere Aufgabe die Brücke zwischen alter  
103 Friedensbewegung und der Jugendbewegung gegen die Wehrpflicht zu bauen.

104 Daneben wollen wir soweit möglich auch in Kooperation mit Akteur\*innen aus der  
105 Friedensbewegung wie z.B. der DFG-VK **Beratung für Kriegsdienstverweigernde**  
106 anbieten. Niemand darf zum Dienst an der Waffe gezwungen werden. Als konsequente  
107 Friedenskraft bauen wir auch unsere Präsenz in den antimilitaristischen und  
108 Friedensbündnissen aus. Wir verbinden Sozialpolitik mit Klassenpolitik und verankern  
109 uns stärker in den Gewerkschaften.

110 Wir wollen langfristig unsere Verankerung in den Gewerkschaften und Betrieben  
111 ausbauen. Hierfür wollen wir zuerst systematisch erfassen, inwieweit unsere Mitglieder  
112 bereits organisiert sind und diese für linke Gewerkschaftspolitik vernetzen. Wir starten  
113 eine Gewerkschaftsoffensive: Und werben bei unseren Mitgliedern für eine DGB-  
114 Gewerkschaftsmitgliedschaft. Auch wollen wir unsere **Solidaritätsarbeit mit den**  
115 **Beschäftigten** in den großen Tarifrunden ausbauen. Die Linke darf sich dabei nicht  
116 alleine mit symbolischer Solidarität zufrieden geben, sondern muss noch öfters als

117 bisher praktische Solidarität organisieren – etwa auch direkt am Streikposten. Wo die  
118 Schließung großer Unternehmen mit tragender Funktion für das soziale Gefüge einer  
119 Stadt droht, wollen wir die Belegschaften auch aus den Metropolen heraus mit aller  
120 Kraft unterstützen. Gegen den sozialen Kahlschlag in den Kommunen schmieden wir  
121 mit den Beschäftigten in den Kommunen und ihrer Gewerkschaft ver.di Bündnisse. Der  
122 LAG Betrieb & Gewerkschaft und deren lokalen Ablegern kommt für diese Aufgaben  
123 eine strategische Schlüsselposition zu.

#### 124 **Wir stärken uns in den Städten und verankern uns auf dem Land**

125 Durch den enormen Mitgliederzuwachs konnten sich eine Reihe neuer Ortsstrukturen  
126 gründen. Viele weiße Flecken auf der Landkarte wurden so getilgt, dennoch ist die  
127 Entwicklung der Linken in Baden-Württemberg weiterhin von großer Ungleichzeitigkeit  
128 geprägt. Unsere Stärke ist weiterhin je nach Region sehr unterschiedlich. In unseren  
129 Hochburgen und Orten mit Aktivengruppen bauen wir unsere Gegenmacht wie oben  
130 beschrieben aus. In den Orten, wo wir uns erst noch weiter aufbauen müssen,  
131 verfolgen wir eine eigene Strategie.

132 **Metropolenstrategie:** In unseren Metropolen arbeiten wir daran durch eigene  
133 Veranstaltungen selbstverständlicher Teil des öffentlichen Lebens zu werden. Hierzu  
134 organisieren wir unter anderem zukünftig Bewegungsratschläge. Diese  
135 **Bewegungsratschläge** sollen nicht nur dazu dienen, uns in den Bewegungen zu  
136 verankern. Die Linke muss selbst als Brückenbauer zwischen verschiedenen  
137 Bewegungen fungieren.

138 Auch muss die Linke Impulse für ihre parlamentarische Arbeit im Bundestag kommunal  
139 aktiv abholen. Wir sind dort in der **Holschuld** und sollten nicht darauf warten, dass wir  
140 zufällig einbezogen werden. Das gilt in der Breite für alle Themenfelder, insbesondere  
141 aber bei den Themen soziale Gerechtigkeit, Gewerkschaftspolitik, Klimatransformation  
142 und Gesundheit.

143 Die Linke ist nicht nur eine Partei zum Kämpfen, Lernen und Helfen – sondern auch  
144 zum Feiern: in unseren Metropolen wollen wir uns Bemühen **Feste und Kulturangebote**  
145 zu schaffen, die über unsere enges Sympathisantenumfeld hinaus ausstrahlen und zu  
146 einem Anziehungspunkt in der Nachbarschaft werden. Parallel bauen wir den Kontakt  
147 zu Kulturinitiativen aus und loten neue Kooperationsmöglichkeiten aus.

148 **Strategie ländlicher Raum:** Im ländlichen Raum stehen Themen wie ein gut  
149 ausgebauter und kostenfreier ÖPNV sowie den Kampf für eine wohnortnahe  
150 Gesundheitsversorgung im Fokus. Das unterstützen wir durch eine Arbeitsgruppe  
151 "Ländlicher Raum" im Landesvorstand. Gleichzeitig stärken wir kommunalpolitische  
152 Initiativen. Noch drängender als in den Metropolen braucht es für eine sinnvolle Arbeit  
153 eine klare Fokussierung.

154 Ziel ist es Sichtbarkeit für linke Politik auf dem Land durch die Teilnahme an  
155 Veranstaltungen und dem öffentlichen Leben zu gewinnen. Im **Dialog mit den**  
156 **Menschen** lernen wir ihre direkten Anliegen vor Ort kennen und helfen ihnen, sich  
157 darum zu organisieren und zu vernetzen. Wir befähigen unsere Mitglieder dazu durch  
158 Bildungsangebote sowie die Vernetzung in der AG ländlicher Raum. Wir mobilisieren  
159 Unterstützung aus den Städten und großen Kreisverbänden.

160 **Gegen Rechtsruck und Faschisierung:** wir intervenieren strategisch in AfD-  
161 Hochburgen durch das direkte Ansprechen der Menschen an den Haustüren. Wir  
162 organisieren dafür gemeinsam mit den betreffenden Kreisverbänden  
163 Haustürgespräche in AfD-Hochburgen. Wir hören zu und nehmen Ideen mit, die wir  
164 wieder in die Landespolitik tragen. Im Gegensatz zur AfD haben wir echtes Interesse  
165 an den Alltagsorgen der Menschen. Wir kämpfen mit den Menschen gemeinsam dafür  
166 die Alltagsprobleme und deren Lösung wieder in den Fokus der Politik zu rücken und  
167 die Solidarität zu organisieren. Damit entziehen wir der AfD die Möglichkeit mit ihrer  
168 Hetze Menschen gegeneinander auszuspielen um dann auf die Kosten der normalen  
169 Menschen, für die sie angeblich spricht, ihre menschenverachtende Politik der  
170 Ausgrenzung umzusetzen und ihres gleichen mit Geld und Posten zu versorgen.

171 Wo wir in direkter Auseinandersetzung mit der AfD oder anderen Treibern des  
172 Rechtsrucks geraten – sei es auf der Straße, in Parlamenten und politischen Gremien  
173 Parlamenten– zeigen wir **klare Kante** und widersetzen uns damit der weiteren  
174 Normalisierung rechten Denkens und Handelns. Wir sind Teil antifaschistischer  
175 Bündnisse gegen den Rechtsruck und widersetzen uns der wachsenden Repression  
176 gegen die antifaschistische Zivilgesellschaft. Antifaschistische und migrantische  
177 Gruppen, Sozialverbände und häufig auch kirchliche Gruppen sind für uns wichtige  
178 Bündnispartner im Kampf gegen Rechts. Den Kampf gegen den Rechtsruck begreifen  
179 wir nicht nur als Kampf gegen die AfD, sondern allgemein gegen die Verbreitung  
180 menschenverachtender, demokratiefeindlicher und autoritärer Ideen, auch in den  
181 Parteien einer immer radikaler werdenden Mitte.

## 182 **Wir verankern Die Linke stärker in migrantischen Communities**

183 Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland und Baden-Württemberg  
184 besteht zu mehr als einem Drittel aus Menschen mit Migrationsgeschichte. Gleichzeitig  
185 sind sie in Politik, Parteien und demokratischen Institutionen weiterhin  
186 unterrepräsentiert. Für uns ist klar: Eine Partei, die soziale Gerechtigkeit ernst meint,  
187 muss auch die Stimmen der migrantischen Arbeiter\*innen, Beschäftigten,  
188 Studierenden und Jugendlichen sichtbar machen und organisieren.

189 Wir werden deshalb gezielt auf migrantische Communities zugehen und uns als ihre  
190 politische Stimme in Baden-Württemberg verankern. Dazu gehört, Menschen mit  
191 Migrationsgeschichte innerhalb der Partei stärker zu fördern, zu vernetzen und in  
192 Verantwortung zu bringen. Wir wollen Strukturen stärken, die migrantische  
193 Perspektiven in der Partei sichtbar machen und politische Teilhabe ermöglichen.

194 Gleichzeitig werden wir unsere Zusammenarbeit mit migrantischen Dachverbänden,  
195 Initiativen und Community-Strukturen ausbauen. Dazu gehören unter anderem  
196 Organisationen wie das Forum der Kulturen Stuttgart, der Flüchtlingsrat Baden-  
197 Württemberg, die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen  
198 (LAKA) sowie zahlreiche lokale Vereine, migrantisch-antifaschistische Gruppen,  
199 Kulturzentren und Community-Gruppen.

200 In Städten mit großen migrantischen Communities wie Stuttgart oder Mannheim wollen  
201 wir regelmäßige Austauschformate, politische Gespräche und gemeinsame  
202 Veranstaltungen aufbauen. Gleichzeitig entwickeln wir Konzepte, um auch in kleineren

203 Städten und im ländlichen Raum migrantische Communities stärker anzusprechen und  
204 einzubeziehen.

205 Auf dieser Grundlage wollen wir auch unsere migrations- und integrationspolitischen  
206 Positionen auf Landesebene weiterentwickeln. Ziel ist eine Politik, die gleiche Rechte,  
207 echte Teilhabe und soziale Sicherheit für alle Menschen in Baden-Württemberg  
208 garantiert, unabhängig von Herkunft oder Pass.

<b>Antrags-Nr.</b>	<b>P02</b>
<b>Antragsteller*in</b>	Antikapitalistische Linke (AKL) Baden-Württemberg (Landessprecher*innenrat)

1 **P02 - Regelmäßig Leitanträge**

- 2 Der Parteitag fordert den Landesvorstand auf, in Zukunft bei Parteitagen politische  
3 Leitanträge einzubringen.

<b>Antrags-Nr.</b>	<b>P03</b>
<b>Antragsteller*in</b>	Antikapitalistische Linke (AKL) Baden-Württemberg (Landessprecher*innenrat)

1 **P03 - Zur Programmdebatte**

2 Der Landesverband begrüßt es, dass ein breiter Diskussionsprozess zum  
3 Parteiprogramm vorgesehen ist.

4 Angesichts dessen, dass die allermeisten Mitglieder erst nach der Verabschiedung des  
5 Erfurter Programms in Die Linke eingetreten sind, ist das wertvoll, unabhängig davon,  
6 für wie groß wir den Änderungsbedarf am Erfurter Programm halten.

7 Für eine sozialistische Partei müssen ihre grundlegenden Ziele ihre tägliche Arbeit  
8 befruchten. „Unser Endziel darf nicht zu einem Familienerbstück werden, das wir in  
9 den Silberschrein stellen und nur an Feiertagen hervorholen.“ (Paul Singer im  
10 Revisionismusstreit in der Sozialdemokratie um 1900 gegen Eduard Bernstein) Deshalb  
11 ist es wichtig, das Verständnis über den Zusammenhang zwischen beidem in der  
12 Mitgliedschaft zu erhöhen.

13 Zugleich setzen wir uns aktiv dafür ein, dass antikapitalistische, antimilitaristische etc.  
14 Positionen im Programm nicht abgeschwächt werden. Der Niedergang des  
15 Kapitalismus hat sich in den letzten 15 Jahren enorm beschleunigt. Er befindet sich in  
16 einer multiplen Krise. Eine Katastrophe jagt die nächste. Der Sozialismus ist zur  
17 Überlebensfrage der Menschheit geworden. Dies muss sich in der Neufassung des  
18 Programms niederschlagen.

19 Im bundesweiten Programmprozess soll ein Großteil der Diskussion online stattfinden.  
20 Mit diesem Format können viele Mitglieder nicht so viel anfangen. Wir empfehlen daher  
21 den Kreisverbänden, den Vorschlag aufzugreifen, an online-Diskussionen kollektiv  
22 teilzunehmen. Aber das wird nicht ausreichen. Wir begrüßen es, dass der  
23 Landesvorstand auf regionaler Ebene Veranstaltungen in Präsenz organisiert und  
24 fordern ihn auf, die Kreisverbände bei der Organisierung weiterer Veranstaltungen zu  
25 unterstützen.

Antrags-Nr.	P04
Antragsteller*in	KV Calw-Freudenstadt und KV Reutlingen Unterstützer*innen: Jessica Knapp (KV Reutlingen); Hans Mauser (KV Reutlingen); Thomas Hanser (KV Calw-Freudenstadt); Sander Frank (KV Bodensee); Tim Wetzel (KV Bodensee); Romeo Amann (KV Tübingen); Katja Mittelstädt (KV Tübingen); Jasmin Weber (KV Biberach); KV Konstanz; John Löser (KV Konstanz); Michael Nill (KV Konstanz); Daniel Hettich (KV Schwarzwald-Baar-Heuber); Sophie Heiß (KV Ravensburg); Ingrid Petri (KV Ludwigsburg); Nicola Vallon (KV Heidelberg/Badische Bergstraße und OV Neckartal); Jonas Böll (KV Sigmaringen-Zollernalb); Luna-Sophie Gabele (KV Sigmaringen-Zollernalb)

1 **P04- Für eine starke Linke im gesamten Land**

2 **Den ländlichen Raum durch Strukturaufbau in der Fläche stärken**

3 Die Landtagswahl Baden-Württemberg 2026 hat gezeigt:

4 Wir gewinnen in Städten und verlieren im ländlichen Raum. Deshalb braucht es  
5 Arbeitsgruppen und Konzepte, die dieses Ergebnis, evaluieren und in der politischen  
6 Arbeit des Landesverbandes berücksichtigen.

7 Es gilt Parteistrukturen zu etablieren, die gesellschaftliche Verankerung nicht nur auf  
8 Basis von Engagement einzelner Personen möglich machen, sondern sich solidarisch  
9 gegenseitig unterstützen. Verankerung in der Gesellschaft geschieht zum einen über  
10 politische Mandate (z.B. Kommunalwahlen) zum anderen vor allem durch  
11 ehrenamtliches Engagement in Vereinen, Bündnissen oder Gewerkschaften.

12 Da die persönlichen Kapazitäten einzelner Personen jedoch begrenzt sind, sind vor  
13 allem im ländlichen Raum die (zum Teil) wenigen Aktiven aus Kapazitätsgründen nicht  
14 in der Lage sich zusätzlich zur Auslastung durch politische Arbeit für Die Linke noch in  
15 anderen Ehrenämtern zu engagieren. Dem muss aktiv entgegengewirkt werden, indem  
16 Strukturen geschaffen werden, wo beispielsweise Vernetzung unabhängig von  
17 persönlichen Bekanntschaften stattfinden kann. Auch monetäre und materielle  
18 Ressourcen müssen angepasst an die Situationen jeweiliger Kreisverbände solidarisch  
19 verteilt werden, und die Beantragung von Geldern aus vorhandenen Solidaritätsfonds  
20 müssen bekannt gemacht und etabliert werden.

21 Bildung, auch politische Bildung, basiert auf Beziehung. Dieser Antrag soll ein Anstoß  
22 für ein solidarisches Beziehungsgeflecht innerhalb des Landesverbandes Baden-  
23 Württemberg sein, um politische Bildung gesellschaftlich zu verankern.

24

25 **1. Definition des ländlichen Raums**

26

27 Um eine Struktur zur Unterstützung des ländlichen Raumes zu erarbeiten, benötigt es  
28 eine Basis in Form einer Definition des ländlichen Raumes für die innerparteiliche  
29 Strukturpolitik. Der Landesparteitag fordert deshalb den Landesvorstand auf eine  
30 Definition des ländlichen Raums zu erarbeiten. Diese soll transparent aufgelistet und

1 visualisiert (beispielsweise als Karte) dargestellt werden. Eine regelmäßige  
2 Überprüfung und Aktualisierung ist Teil des Prozesses.  
3 Folgende Aspekt gilt es hierbei maßgeblich zu berücksichtigen:

- 4
- 5 • Anzahl der Mitglieder des Kreisverbandes
- 6 • Lage des Kreisverbandes (Ballungsraum)
- 7 • Bevölkerungsdichte des jeweiligen Landkreises
- 8
- 9

## 10 **2. Infrastrukturelle, finanzielle und personelle Solidaritätsstrukturen zwischen** 11 **Kreisverbänden**

12  
13 Folgende Punkte und Konzepte bedingen sich wechselseitig und sind ein  
14 Zusammenspiel aus Solidaritätsstrukturen, die unabdingbar miteinander verflochten  
15 sind. Nur eine ganzheitliche Betrachtung dieser Strukturen wird den gewünschten  
16 Effekt der Verankerung in der Gesellschaft erwirken.

### 17 **2.1 Finanzielle Solidaritätsstrukturen zwischen den Kreisverbänden**

18  
19  
20 Um gleichwertige politische monetäre Arbeitsbedingungen zu schaffen, wird der  
21 Landesvorstand aufgefordert ein transparentes Konzept zu entwickeln, vorhandene  
22 Solidaritätsfonds/Sonderbudgets zu etablieren und so einen verlässlichen  
23 Solidarmechanismus zur Verteilung monetärer Ressourcen innerhalb der  
24 Landespartei zu verankern. Solidaritätsfonds sind vorhanden, sie werden aber nur  
25 wenig genutzt im ländlichen Raum, für den sie ursprünglich gedacht waren. Hier gilt  
26 es zu analysieren, worin die Ursache liegt und ein Konzept zu entwickeln, welches  
27 dem entgegenwirkt.

28  
29 Diese Solidaritätsfonds dienen vor allem der Finanzierung von:

- 30
- 31 • Wahlkämpfen im ländlichen Raum
- 32 • Politischer Bildungsarbeit
- 33 • Infrastruktur (Räume evtl. Büros, Materialien, Veranstaltungen usw.)
- 34 • Mitgliedergewinnung
- 35

### 36 **2.2 Personelle Solidaritätsstrukturen zwischen den Kreisverbänden**

37  
38 Um personell schwache Kreisverbände im ländlichen Raum zu unterstützen,  
39 entwickelt der Landesvorstand eine solidarische Struktur von „Patenschaften“  
40 innerhalb des Landesverbands. Also eine institutionalisierte Regionalvernetzung.  
41 Diese wird transparent aufgelistet, regelmäßig geprüft und aktualisiert. Um eine  
42 Vernetzung abhängig von persönlichen Beziehungen zu vermeiden, werden hierzu  
43 Strukturen eingeführt, die regelmäßige persönliche Treffen ermöglichen,  
44 beispielsweise durch regelmäßige Regionalkonferenzen und andere Angebote der  
45 Vernetzung.

1 Folgende Aspekte sollen hierbei berücksichtigt werden:

- 2 • Einbindung von MdBs, z.B. durch klare und feste Zuständigkeiten in  
3 Regierungsbezirken (Nord-/Südbaden, Nord-/Südwürttemberg) mit  
4 regelmäßigen Klausuren/Tagungen, um persönliche Kontakte und  
5 Beziehungen außerhalb der eigenen Kreisverbände zu stärken
- 6 • Einbindung von Kreisverbänden in Großstädten an Mittelstädte und  
7 schließlich in den ländlichen Raum, ebenfalls zur Stärkung von Strukturen  
8 durch persönliche Begegnung und somit Beziehungen
- 9 • Einführung von Austauschtreffen der Paten mit den Kreisverbänden, um  
10 Unterstützungen zu gewährleisten, z.B. beim Aufzeigen/Einhaltung von  
11 Strukturen wie der Beantragung von Hilfestellungen
- 12 • Die Einführung sogenannter „Tätigkeitsberichte“ der Paten, beispielsweise  
13 einmal jährlich am Landesparteitag oder Landesausschuss, führt zum einen  
14 zur Sicherstellung der Funktionalität und Nachhaltigkeit dieser  
15 Patenschaften und zum anderen dienen sie der Transparenz für alle  
16 Mitglieder
- 17 • Wichtig ist hierbei die Schaffung von verbindlichen Strukturen, das heißt die  
18 verbindliche Zuordnung von großer Kreisverbände an kleinere basierend auf  
19 den Indikatoren Mitgliederanzahl, Aktivität, Potenzial und geographische  
20 Nähe

### 21 **2.3 Infrastrukturelle Solidaritätsstrukturen zwischen den Kreisverbänden**

22 Der Landesvorstand entwickelt ein Konzept einer infrastrukturellen  
23 Solidaritätsstruktur. Hiermit sollen Begegnungsmöglichkeiten und Räume  
24 geschaffen werden, die im ländlichen Raum wenig vorhanden, aber essenziell für die  
25 politische Arbeit sind. Beispielsweise könnte dies über gemeinschaftliche Nutzung  
26 mit anderen gesellschaftlichen Gruppen (z.B. Bündnispartnern) geschehen.  
27 Außerdem ist es essenziell, eigenverantwortliche, digitale Austauschplattformen  
28 sicherzustellen. Selbstorganisierte, digitale Austauschmöglichkeiten sind wichtig zur  
29 Vernetzung des ländlichen Raums, dennoch dürfen auch diese nicht abhängig vom  
30 Engagement einzelner Mitglieder sein. Hier gilt es Methoden zu entwickeln, diese  
31 digitalen Plattformen aktiv zu erhalten. Dies kann beispielsweise durch die  
32 Einbindung der LAG Digitale Linke sichergestellt werden, die Konzepte und  
33 Methoden entwickelt, um auch digitale Austauschmöglichkeiten strukturell zu  
34 unterstützen, ohne die selbstorganisierte Vorgehensweise einzuschränken.  
35  
36  
37

### 38 **3. Repräsentation des ländlichen Raums**

39  
40 Um eine angemessene Repräsentation des ländlichen Raums zu gewährleisten,  
41 erkennt der Landesverband die Notwendigkeit an, Kandidierende aus dem ländlichen  
42 Raum bei Listenaufstellungen sowie Wahlen zu anderen Parteiämtern angemessen zu  
43 berücksichtigen und evaluiert den Fortschritt regelmäßig.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43

Hierbei soll berücksichtigt werden:

- Kreisverbände, die aus Städten kommen und ländliche Ortsverbände haben, achten auf die Repräsentation der Ortsverbände in den Strukturen, Posten und Kandidaturen
- Ein angemessener Anteil der aussichtsreichen Listenplätze für Kandidierende aus ländlichen Kreisverbänden
- Ziel ist eine ausgewogene regionale Verteilung zwischen Ballungsräumen und ländlichen Regionen, die sowohl Mitgliedsstärke als auch strukturelle Benachteiligung berücksichtigt

#### **4. Politische Stärkung des ländlichen Raums**

Der Landesverband verpflichtet sich darüber hinaus:

- den ländlichen Raum stärker in Kampagnen, Programmen und Öffentlichkeitsarbeit zu berücksichtigen, z.B. durch die Erarbeitung von speziellen Kampagnen für den ländlichen Raum welche alternativ von den jeweiligen Kreisverbänden genutzt werden können
- die Präsenz von MdBs in kleineren Städten und Gemeinden zu erhöhen
- gezielt Veranstaltungen und politische Bildungsangebote außerhalb der Ballungsräume zu organisieren

#### **Begründung:**

Der ländliche Raum prägt große Teile Baden-Württembergs. Dennoch konzentrieren sich politische Strukturen, Ressourcen und Aufmerksamkeit häufig auf die großen Städte.

Auch innerhalb der Partei zeigen sich strukturelle Unterschiede:

Während große Kreisverbände über stabile Mitgliederzahlen und finanzielle Ressourcen verfügen, kämpfen viele Kreisverbände im ländlichen Raum mit begrenzten Mitteln, geringerer Sichtbarkeit und schwierigen organisatorischen Bedingungen. Erfolge bei der Einführung von parteilichen Strukturen, Wahlkämpfen oder generelle Sichtbarkeit sind somit hauptsächlich abhängig vom Engagement einzelner Mitglieder. Das Engagement dieser Einzelkämpfer\*innen führt so aber zum Ausbrennen dieser Personen und letztlich zum Verlust des Engagements für die parteiliche Arbeit. Eine Abhängigkeit vom Engagement einzelner Personen wird dann eklatant sichtbar und nachteilig für Strukturen im ländlichen Raum, wenn diese Personen ihre Aktivität zurückfahren oder beispielsweise durch Umzug ganz wegfallen. Zudem wird der Gefahr des Machtmissbrauchs durch Ballung mehrere Posten/Zuständigkeiten auf einer Person vorgebeugt, wenn die Ermöglichung von solidarischen Parteistrukturen auch im ländlichen Raum gelingt.

Nicht nur, aber gerade im ländlichen Raum, ist der Rechtsruck am deutlichsten sichtbar. Hier gilt es klar solidarisch mit den Genoss\*innen vor Ort zu sein und sie in

1 ihrem Kampf gegen den Faschismus nicht nur mit verbalen Solidaritätsbekundungen,  
2 sondern mit aktiver finanzieller und personeller Unterstützung zu stärken.  
3 Eine sozialistische Partei muss diesen Ungleichheiten der Ressourcen aktiv  
4 entgegenwirken. Politischer Aktivismus darf nicht vom Wohnort abhängen. Wenn DIE  
5 LINKE glaubwürdig für gleichwertige Lebensverhältnisse eintritt, muss sie dieses  
6 Prinzip auch in ihren eigenen Strukturen leben.  
7 Eine solidarische Ressourcenverteilung, sowohl monetär als auch personell, und eine  
8 Repräsentation auf Wahllisten sind deshalb notwendige Schritte, um den ländlichen  
9 Raum innerhalb der Partei nachhaltig zu stärken.  
10

<b>Antrags-Nr.</b>	<b>P05</b>
<b>Antragsteller*in</b>	Linksjugend [solid] Baden-Württemberg Landessprecher*innenrat

1 **P05 - Finanzielle Stärkung für den ländlichen Raum**

2 Der Mitgliederwachstum hat unserem Landesverband einen gestärkten finanziellen  
3 Zustand bereitet. Diese ermöglicht vielen Kreisverbänden einen nie dagewesenen  
4 finanziellen Spielraum. Jedoch bleibt die starke Abschwächung außerhalb der großen  
5 Städte bestehen.

6 Im Zuge des Landtagswahlkampf wurde eine verstärkte Verteilung der Büros bei einem  
7 erfolgreichen Landtagseinzug geplant. Dieser ist leider ausgeblieben.

8 Wir möchten daher zur Flächenstärkung der Partei eine Änderung des  
9 Kreisfinanzausgleichs vorschlagen. Starke Kreisverbände müssen schwache  
10 Kreisverbände stärken, d.h. dass ihre regelmäßigen Kosten (Bspw. Büro,  
11 Aktiventreffen, etc.) weiterhin gedeckt sind, aber darüber hinaus gedämpft werden. So  
12 sollen flächendeckend weitere Büros im Land eröffnet werden können.

13 Der Landesvorstand soll hierzu den aktuellen Kreisfinanzausgleich untersuchen  
14 und einen umfassenden Änderungsvorschlag an den Landesfinanzrat richten.  
15 Hierzu soll ggfs. eine außerplanmäßige Sitzung des Landesfinanzrats veranlasst  
16 werden.

<b>Antrags-Nr.</b>	<b>P06</b>
<b>Antragsteller*in</b>	Antikapitalistische Linke (AKL) Baden-Württemberg (Landessprecher*innenrat), KV Reutlingen

1 **P06 - Gegen Doppelstandards und Hexenjagden**

2 **Aufhebung der Suspendierung von Martha Chiara Wüthrich**

3 Eine demokratische und pluralistische Partei lebt vom offenen Diskurs und vom  
4 solidarischen Austausch von Argumenten. Als sozialistische Partei ist Die Linke ein Ort  
5 politischer Auseinandersetzung – auch und gerade bei strittigen internationalen Fragen  
6 wie Israel/Palästina. Diskussionen sind notwendig und zulässig, selbst wenn  
7 Beschlüsse bestehen. Von keinem Mitglied darf verlangt werden, eine von  
8 Mehrheitspositionen abweichende Meinung zu verschweigen. Auch Positionen, wie sie  
9 von Martha Chiara oder Ramsis Kilani vertreten werden, müssen innerhalb der Partei  
10 diskutierbar sein – selbst wenn man sie politisch nicht teilt. Politische Differenzen  
11 gehören in die offene Debatte, nicht vor Schiedsgerichte. Einschüchterung ersetzt kein  
12 Argument. Wenn Genoss:innen Fehler machen und diese korrigieren, müssen wir das  
13 begrüßen, statt nachzutreten.

14 Ein linkes Verständnis von Internationalismus kennt keine Doppelstandards. Die Linke  
15 lehnt Angriffskriege, kollektive Bestrafung, Terror gegen Zivilist\*innen und ethnische  
16 Vertreibung unabhängig davon ab, von wem sie ausgehen. Unsere Maßstäbe sind  
17 universal. Solidarität gilt den Unterdrückten – nicht Regierungen oder nationalistischen  
18 Projekten.

19 Doppelstandards darf es auch in der innerparteilichen Diskussion nicht geben.  
20 Prominente Genoss:innen haben nicht mehr Rechte, gegen Parteiprinzipien zu  
21 verstoßen, als einfache Mitglieder. Pro-israelische Stimmen haben nicht mehr  
22 Rechte als pro-palästinensische. Wenn Gregor Gysi im Focus-Interview am 9. März die  
23 neuen migrantischen Linke-Mitglieder beschuldigte, ein „falsches Israel-Bild“ in die  
24 Partei zu tragen, dann ethnisierte er damit die innerparteiliche Debatte und leistete  
25 dem Narrativ vom „importierten Antisemitismus“ Vorschub. Wir haben in unserem  
26 Landtagswahlprogramm geschrieben: „Wir bekämpfen die rassistische Vorstellung,  
27 Antisemitismus sei ein aus muslimisch geprägten Ländern importiertes Problem.“ (S.  
28 45) Das gilt weiterhin.

29 Aus der Geschichte Deutschlands folgt für uns: Nie wieder Völkermord, nie wieder  
30 Antisemitismus und das Recht auf Schutz und Asyl. Diese Verantwortung darf jedoch  
31 nicht dazu führen, politische Debatten zu tabuisieren oder Kritik pauschal zu  
32 delegitimieren. Antisemitismus ist eine rote Linie – politische Kontroversen sind es  
33 nicht.

34 Ein Parteiausschluss ist das schärfste Mittel innerparteilicher Auseinandersetzung und  
35 darf nur ultima ratio sein. Vorher müssen politische Klärung, Diskussion und  
36 Vermittlung stehen. Kontroverse Positionen oder zugespitzte Debatten stellen für sich  
37 genommen keinen parteischädigenden Vorgang dar. Eine lebendige sozialistische  
38 Partei bewahrt ihre Glaubwürdigkeit nicht durch Disziplinierung, sondern durch  
39 transparente, solidarische und politische Auseinandersetzung. Ein Klima der

1 Hexenjagd, wie es gerade von manchen pro-israelischen Mitgliedern gefördert wird,  
2 wäre für die Partei tödlich. Wir dürfen das nicht aufkommen lassen.

3 Der Landesvorstand hat dafür Sorge zu tragen, dass solche Entwicklungen in Baden-  
4 Württemberg nicht einreißen.

5 Das Urteil der Landesschiedskommission in Thüringen ging mitten im Baden-  
6 Württembergischen Wahlkampf durch die bundesweiten Medien. Das hat uns als  
7 antimilitaristische, internationalistische Partei unglaublich gemacht. Daher sind wir  
8 das Ansicht, dass das auch uns als nicht-thüringer Genoss:innen betroffen hat und wir  
9 uns dazu positionieren müssen.

10 Wir fordern daher den Landesvorstand Baden-Württemberg dazu auf, sich gegenüber  
11 dem Landesverband Thüringen für die Rücknahme der Suspendierung von Martha  
12 Chiara Wüthrich einzusetzen und stattdessen auf politische Klärung und  
13 innerparteiliche Vermittlung zu drängen.

<b>Antrags-Nr.</b>	<b>P07</b>
<b>Antragsteller*in</b>	LAG Tierrechte & Tierschutz Baden-Württemberg

1 **P07- Solidarische Verpflegung auf offiziellen Veranstaltungen**  
2 **des Landesverbandes Baden-Württemberg – Vegan als Standard**

3

4 **Weiterführender Antrag**

5 **Antrag:**

6 Die Delegierten der 1. Tagung des 10. Landesparteitages mögen beschließen, dass die  
7 zur Verfügung gestellten Lebensmittel auf offiziellen Parteiveranstaltungen des  
8 Landesverbandes Baden-Württemberg standardmäßig pflanzlich sind.

9

10 **Antrag (nur zur Abstimmung, falls der weiterführende Antrag nicht angenommen**  
11 **wird):**

12 **Antrag:**

13 Der Landesparteitag möge beschließen, dass bei Anmeldungen zu offiziellen  
14 Parteiveranstaltungen die Verpflegung standardmäßig pflanzlich geplant wird.  
15 Mitglieder, die Lebensmittel mit tierischen Produkten wünschen, müssen dies bei der  
16 Anmeldung künftig ausdrücklich angeben.

17

18 **Begründung:**

19 Ein nicht zu vernachlässigender Anteil unserer Mitglieder lebt vegan und wird bei  
20 fehlendem oder unzureichendem Angebot pflanzlicher Lebensmittel faktisch von der  
21 gleichberechtigten Teilhabe an offiziellen Veranstaltungen ausgeschlossen.  
22 Als Partei, die sich im Grundsatz als solidarisch versteht, sich gegen jedwede Form der  
23 Diskriminierung stellt, soll dieser Beschluss einen kleinen Teil dazu beitragen, diesen  
24 Anspruch auch innerhalb der Partei Die Linke konsequent zu leben.  
25 Die Bereitstellung ausschließlich veganer Lebensmittel stellt sicher, dass möglichst  
26 viele Mitglieder ohne Einschränkungen an Veranstaltungen teilnehmen können.

<b>Antrags-Nr.</b>	<b>P08</b>
<b>Antragsteller*in</b>	KV Karlsruhe

1 **P08 - Nein zu generativer KI - Menschliche Kreativität fördern**

2  
3 Künstliche Intelligenz breitet sich immer weiter aus, sie ist fest im Alltag vieler Menschen  
4 verankert, oft auch unfreiwillig durch unbewusste Nutzung. Für viele Menschen erleichtert sie  
5 den Alltag erheblich, doch gleichzeitig müssen wir uns auch über die Konsequenzen bewusst  
6 werden. Durch immer größere KI-Server wird Trinkwasser in vielen Regionen zur  
7 Mangelware, ganze Orte sterben aus weil für vielen Menschen die Lebensgrundlage fehlt.  
8 Doch vor allem machen wir uns immer weiter von großen Techkonzernen abhängig,  
9 Konzerne wie OpenAI, Google etc. bekommen immer mehr Kontrolle über uns und  
10 besonders über unser Denken. Gerade als Sozialist\*innen müssen wir genau diese  
11 Konzerne mit aller macht bekämpfen. Generative KI bedroht auch in besonderem Maße die  
12 freie Kunst, immer mehr Künstler\*innen können ihrer Arbeit nicht mehr nachgehen, da sie  
13 durch entsprechende Programme ersetzt wird. Oft basiert KI generierte Kunst aus  
14 gestohlenen Werken echter Künstler\*innen. Das ist nicht hinnehmbar.

15  
16 Der Landesparteitag möge daher beschließen:

- 17 1. Die Linke Baden-Württemberg lehnt den Einsatz von generativer künstlicher Intelligenz,  
18 umgangssprachlich oftmals lediglich als „KI“ bezeichnet, zur Erstellung von Inhalten für die  
19 Öffentlichkeitsarbeit konsequent ab.
- 20 2. Der Landesverband von Die Linke Baden-Württemberg sowie alle zugehörigen  
21 Kreisverbände verpflichten sich, in ihren öffentlichen Publikationen (z.B. Social Media, Flyer,  
22 Pressemitteilungen, Webseiten) keinerlei durch generative KI erzeugte Medien (Bilder,  
23 Videos, Texte, Audio) zu verwenden. Wir erwarten von unseren Vorstandsmitgliedern,  
24 Mandatsträger:innen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, Kandidierenden sowie  
25 Funktionär:innen, dass sie in ihrer politischen Kommunikation auf den Einsatz generativer KI  
26 verzichten. Politische Kommunikation muss Ausdruck menschlicher Auseinandersetzung und  
27 Kreativität bleiben. Wir fördern stattdessen die Zusammenarbeit mit realen Künstler:innen,  
28 Illustrator:innen und Fotograf:innen sowie die Nutzung von Open-Source-Ressourcen und  
29 freien Lizenzen (z. B. Creative Commons).

<b>Antrags-Nr.</b>	<b>P09</b>
<b>Antragsteller*in</b>	Linksjugend [*solid] Baden-Württemberg Landessprecher*innenrat

1 **P09- Der Jugend eine Zukunft!**

2 Im Zuge der zunehmenden Militarisierung haben sich tausendfach Schüler:innen  
3 zusammengeschlossen, Streikkomitees gegründet und Streiks gegen die stetige  
4 Wiedereinführung der Wehrpflicht und weiteren Zwangsdiensten organisiert. Wir  
5 begrüßen und unterstützen diese Entwicklung. Mündige, selbstbestimmte und nach  
6 Frieden sehrende junge Menschen verdienen mehr als Medienberichte über sich und  
7 Reels des Außenministers, sie benötigen Rückendeckung und Ressourcen, um ihre  
8 systemkritische Arbeit sinnvoll und effizient fortführen zu können.

9 Auf den Streiks im Dezember sind bereits über 55.000 Schüler:innen gegen das  
10 Wehrdienstmodernisierungsgesetz auf die Straße gegangen und hatten auch im März  
11 zu selber Teilnehmer:innenzahl die Schulen bestreikt. Die Mehrheit junger Menschen  
12 und Betroffener wehren sich gegen Konzepte des Dienstes an der Waffe und auch  
13 weiteren verpflichtenden Maßnahmen, welche aktuell von der Bundesregierung  
14 besprochen werden.

15 Im Kontext dieser breiten Organisation häufen sich repressive Maßnahmen, um die  
16 Schüler:innen an der Inanspruchnahme ihrer Grundrechte einzuschränken.  
17 Das drückte sich in der Vergangenheit dadurch aus, dass Schüler:innen zusätzlichen  
18 Unterricht verordnet oder eine Verweisung in eine andere Klassen bekommen haben,  
19 "Aufklärungs"gespräche mit Erziehungsberechtigten und Vertreter:innen der  
20 schulischen Einrichtung stattfinden mussten oder Schüler:innen grundsätzlich durch  
21 die angekündigte Anordnung dieser Strafen bedroht und von der Teilnahme  
22 abgehalten wurden. Wir beobachten weiterhin mit Sorge, dass über juristische Wege  
23 nun auch Nachwirkungen für die Streikteilnehmer:innen folgen sollen, im Raum  
24 Stuttgart sahen wir das beispielhaft mit der Verhängung von Verwarnungsgeldern. Des  
25 Weiteren waren bei den jüngst vergangenen Streiks im März Schüler:innen mit hoher  
26 Polizeipräsenz, in verschiedenen Städten gar mit Verhaftung überrascht worden und  
27 auch in der Landeshauptstadt kam es zu einem erneuten Vorfall, bei welchem das  
28 Rektorat die Hoftore der Schule verschloss, um die Schüler:innen an der Anteilnahme  
29 des Streiks zu hindern. Wir verurteilen diese Entwicklung und rufen die Lehrkräfte,  
30 Schulleitungen und Regierungspräsidien dazu auf, diese einzustellen und die Rechte  
31 der Schüler:innen zu wahren.

32 Vielerorts wurden Verwarnungs- und Bußgelder gegen Schüler:innen verhängt. Um  
33 hier konkret zu helfen, wollen wir diese für die streikenden Schüler:innen aus unseren  
34 Geldern erstatten.

35 Vor Ort wollen wir den Streikkomitees unsere Unterstützung anbieten, indem wir  
36 Räume zur Koordinierung bieten und Ordner:innen stellen.

37 Wir appellieren außerdem an unsere Abgeordneten und deren Mitarbeiter:innen, dass  
38 sie neben der freien Mandatsausübung ihre Funktion der parlamentarischen  
39 Beobachtung wahrnehmen und der demokratischen Kontrolle von Staatsgewalt  
40 nachgehen.

1 Begründung:  
2 Die junge und widerständige Schulstreik-Bewegung ist eine systemkritische und  
3 antimilitaristische. Die Linke verpflichtet sich in ihren Grundsätzen dazu, dass sie an  
4 allen Enden für die Selbstbestimmung und die Emanzipation der Menschen steht.  
5 Schüler:innen haben sich selbstständig in ihren Schulstreikkomitees organisiert,  
6 weitergebildet und sind zielgerichtet mit ihrem Protest auf ihre öffentlichste Bühne  
7 gegangen: Die Straße. Das Interesse eine Wehrpflicht und jegliche Zwangsdienste  
8 abzulehnen, ist ein Interesse nach Frieden und Freiheit, welches in unserer Arbeit  
9 zentral ist und bleiben muss.  
10 Damit die betroffenen Schüler:innen und solidarische Partner:innen weiter demnach  
11 tätig sein können, braucht es vertrauensvolle Kontakte und Mittel, um Repressionen  
12 abwehren zu können.

<b>Antrags-Nr.</b>	<b>P10</b>
<b>Antragsteller*in</b>	Linksjugend [*solid] Baden-Württemberg Landessprecher*innenrat

1 **P10 - Wir wollen verändern, nicht regieren!**

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3 Die Partei [Die Linke Baden-Württemberg] bekräftigt ihr Selbstverständnis als  
4 gesellschaftsverändernde Kraft, deren zentrale Aufgabe darin besteht, politische  
5 Debatten zu prägen, Missstände klar zu benennen und grundlegende Veränderungen  
6 anzustoßen.

7 Der Landesparteitag stellt fest, dass die Übernahme von Regierungsverantwortung auf  
8 Landes- oder Bundesebene mit erheblichen strukturellen Zwängen verbunden ist, die  
9 häufig dazu führen, dass grundlegende politische Ziele verwässert oder aufgegeben  
10 werden müssen.

11

12 Daher erklärt der Landesparteitag:

- 13 1. Die Linke Baden-Württemberg versteht sich in erster Linie als  
14 außerparlamentarisch orientierter Teil der Partei, der politische Veränderungen  
15 vorantreibt und gesellschaftliche Mehrheiten organisiert.
- 16 2. Die Partei strebt keine Beteiligung an Regierungen an, da dies bedeutet, zentrale  
17 programmatische Positionen aufzugeben oder Kompromisse einzugehen, die den  
18 politischen Kern unserer Ziele entleeren.
- 19 3. Die politische Rolle unserer Partei besteht darin, konsequent für tiefgreifende  
20 Veränderungen einzutreten, Druck auf etablierte Parteien auszuüben und politische  
21 Alternativen sichtbar zu machen.
- 22 4. Eine klare Oppositionsrolle ermöglicht es uns, Missstände deutlich zu benennen,  
23 ohne durch Koalitionsdisziplin eingeschränkt zu sein.

24

25 Der Landesverband verpflichtet sich daher, seine politische Strategie darauf  
26 auszurichten, gesellschaftliche Veränderungen durch politischen Druck,  
27 parlamentarische Initiativen und Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen zu  
28 erreichen, statt Regierungsbeteiligungen anzustreben.

29

30 **Begründung:**

31 Politische Veränderungen entstehen selten aus Regierungen heraus, sondern meist  
32 durch gesellschaftlichen Druck, neue Ideen und konsequente Opposition. Parteien, die  
33 in Regierungsverantwortung eintreten, sehen sich regelmäßig gezwungen,  
34 Kompromisse einzugehen, die zentrale politische Forderungen abschwächen oder  
35 vollständig aufgeben.

36 Gerade kleinere oder programmatisch klar positionierte Parteien laufen in  
37 Regierungskoalitionen Gefahr, ihre politischen Ziele zugunsten der Stabilität der

1 Regierung zurückzustellen. Dadurch verlieren sie häufig ihr Profil, ihre Glaubwürdigkeit  
2 und letztlich auch ihre Fähigkeit, echte Veränderungen anzustoßen.  
3 Unsere Partei ist jedoch gegründet worden, um politische Missstände klar zu  
4 benennen, unbequeme Forderungen zu stellen und gesellschaftliche Debatten zu  
5 verschieben. Diese Rolle kann am wirkungsvollsten außerhalb von Regierungszwängen  
6 erfüllt werden.  
7 Eine Partei, die Veränderung in den Mittelpunkt stellt, muss die Freiheit haben,  
8 konsequent für ihre Positionen einzutreten. Koalitionsdisziplin, Haushaltszwänge und  
9 politische Machtarithmetik stehen diesem Anspruch häufig entgegen.  
10 Statt unsere politischen Ziele an bestehende Machtstrukturen anzupassen, ist es  
11 sinnvoller, den politischen Raum zu erweitern, gesellschaftliche Mehrheiten für neue  
12 Ideen zu schaffen und andere Parteien unter Druck zu setzen, unsere Forderungen  
13 aufzugreifen. Unsere Aufgabe ist es, Politik zu verändern – nicht lediglich Regierungen  
14 zu verwalten.  
15 Eine starke, glaubwürdige Oppositions- und Bewegungspartei kann langfristig mehr  
16 politischen Wandel bewirken als eine Partei, die ihre Ziele in Regierungskoalitionen  
17 relativieren muss.

<b>Antrags-Nr.</b>	<b>P11</b>
<b>Antragsteller*in</b>	KV Heidenheim Lena Graf (Kreisvorstandsvorsitzende), Henrik Bräuer (Kreisvorstandsvorsitzender), Till Blatt (stellvertretender Vorstandsvorsitzender), Daniel Rolfs (Schatzmeister)

1 **P11 - Heidenheim Antrag 1**

2 Die 1. Tagung des 10. Landesparteitages des Landesverbandes Baden-Württemberg  
3 der Partei Die Linke möge beschließen:

- 4 1. Schaffung von mindestens 3 neuen IT-Administrationsplanstellen auf  
5 Landesebene der Partei und 5 auf Bundesebene, um die akute personelle  
6 Unterversorgung im Bereich der digitalen Infrastruktur zu beheben.  
7 2. Einrichtung einer zentralen IT-Koordinationsstelle beim Landesvorstand, die als  
8 Ansprechpartner:in für alle Gliederungen fungiert und die IT-Strategie der Partei  
9 koordiniert.  
10 3. Erhöhung des IT-Personalhaushalts um den benötigten Bedarf (~30%)  
11 gegenüber dem Vorjahresbudget.  
12 4. Einführung attraktiver Vergütungsmodelle für IT-Fachkräfte, die sich an  
13 marktüblichen Gehältern orientieren, um im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft  
14 bestehen zu können.  
15 5. Aufbau eines parteiinternen Weiterbildungsprogramms für IT-Kompetenzen, das  
16 allen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter:innen offensteht.  
17 6. Der Landesvorstand wird beauftragt, innerhalb von 3 Monaten einen konkreten  
18 Umsetzungsplan vorzulegen und dem nächsten Landesparteitag über den  
19 Fortschritt zu berichten.

20 Die Details des Antrags werden noch mit einem Änderungsantrag bis 10. April 2026  
21 ergänzt und angepasst.

22 **Begründung:**

23 Die Bundesrepublik Deutschland steht vor einem massiven IT-Fachkräftemangel, der  
24 alle Bereiche des öffentlichen Lebens betrifft, einschließlich politischer Parteien. Laut  
25 einer Analyse von McKinsey aus dem Jahr 2023 werden dem öffentlichen Dienst bis  
26 2030 rund 140.000 IT-Fachkräfte fehlen, während bereits heute 39.000 Stellen in  
27 Informatik- und IT-Berufen unbesetzt sind. (McKinsey (2023): Neue Analyse zum IT-  
28 Talentmangel im Public Sector. <https://www.mckinsey.de/news/presse/2023-01-25-it-talent-im-public-sector>)  
29

30 Der Branchenverband Bitkom beziffert die Zahl der aktuell offenen IT-Stellen in der  
31 Wirtschaft auf 109.000, wobei 85 Prozent der Unternehmen einen Fachkräftemangel  
32 melden. (Bitkom/Handelsblatt (2025): IT-Branche unter Personalmangel.  
33 [https://www.handelsblatt.com/arts\\_und\\_style/deutschland-so-stark-leidet-auch-die-it-branche-unter-personalmangel/100146866.html](https://www.handelsblatt.com/arts_und_style/deutschland-so-stark-leidet-auch-die-it-branche-unter-personalmangel/100146866.html))  
34

1 Der dbb-Monitor 2025 dokumentiert 570.000 fehlende Beschäftigte im öffentlichen  
2 Dienst insgesamt – ein Anstieg um 20.000 gegenüber dem Vorjahr. Nur noch 25  
3 Prozent der Bevölkerung halten den Staat für handlungsfähig. (dbb Monitor  
4 öffentlicher Dienst 2025. [https://www.dbb.de/artikel/dbb-monitor-oeffentlicher-  
5 dienst-2025-erschienen-der-personalmangel-waechst.html](https://www.dbb.de/artikel/dbb-monitor-oeffentlicher-dienst-2025-erschienen-der-personalmangel-waechst.html))

6 Der Deutsche Städte- und Gemeindebund warnt, dass bis 2030 allein in den  
7 Kommunen 230.000 Beschäftigte fehlen werden, während bereits heute über 100.000  
8 Stellen unbesetzt sind. (DStGB: Demografie – Schleichenden Blackout der öffentlichen  
9 Verwaltung abwenden. [https://www.dstgb.de/themen/soziales/aktuelles/demografie-  
10 schleichenden-blackout-der-oeffentlichen-verwaltung-abwenden/](https://www.dstgb.de/themen/soziales/aktuelles/demografie-schleichenden-blackout-der-oeffentlichen-verwaltung-abwenden/))

11 81 Prozent der Führungskräfte im öffentlichen Sektor sehen den Personalmangel als  
12 größtes Risiko für ihre Organisation. (Horváth-Studie 2025: Personalmangel und  
13 digitales Dilemma im öffentlichen Sektor. [https://www.zfk.de/karriere/akuter-  
14 personalmangel-und-digitales-dilemma-plagen-den-oeffentlichen-sektor](https://www.zfk.de/karriere/akuter-personalmangel-und-digitales-dilemma-plagen-den-oeffentlichen-sektor))

15 Besonders alarmierend ist, dass lediglich 3 Prozent aller IT-Fachkräfte im öffentlichen  
16 Sektor tätig sind. Bei der aktuellen Einstellungsquote von circa 800 Neueinstellungen  
17 pro Jahr ist eine Schließung der Lücke in absehbarer Zeit unmöglich. Politische  
18 Parteien sind von dieser Entwicklung unmittelbar betroffen: Ohne ausreichendes IT-  
19 Personal drohen Sicherheitsrisiken, Datenverluste und ineffiziente Arbeitsabläufe. Der  
20 Cyberangriff auf den Landkreis Anhalt-Bitterfeld im Jahr 2021 – der erste  
21 Katastrophenfall aufgrund eines Cyberangriffs in Deutschland, dessen IT-Folgen über  
22 ein Jahr andauerten – verdeutlicht die reale Bedrohungslage auch für parteiinterne  
23 Strukturen.

24 Parteiinterne IT-Administration ist keine nachrangige Verwaltungsaufgabe, sondern  
25 Grundvoraussetzung für funktionierende politische Arbeit. Die Partei muss hier als  
26 Vorbild vorangehen und durch attraktive Arbeitsbedingungen sowie angemessene  
27 Personalausstattung ihre digitale Handlungsfähigkeit sicherstellen.

<b>Antrags-Nr.</b>	<b>P12</b>
<b>Antragsteller*in</b>	KV Heidenheim Lena Graf (Kreisvorstandsvorsitzende), Henrik Bräuer (Kreisvorstandsvorsitzender), Till Blatt (stellvertretender Vorstandsvorsitzender), Daniel Rolfs (Schatzmeister)

1 **P12 - Heidenheim Antrag 2**

2 Die 1. Tagung des 10. Landesparteitages des Landesverbandes Baden-Württemberg  
3 der Partei Die Linke möge beschließen:

- 4 1. Durchführung einer umfassenden Bestandsaufnahme der bestehenden IT-  
5 Infrastruktur auf allen Parteebenen (Landes-, Kreis- und Ortsverbandsebene)  
6 bis spätestens Ende 2026.  
7 2. Erstellung eines detaillierten Investitionsplans für die IT-Infrastruktur der  
8 nächsten drei Jahre.  
9 3. Erhöhung des IT-Infrastrukturbudgets um benötigten Bedarf (~40 Prozent)  
10 gegenüber dem Vorjahreshaushalt.  
11 4. Migration auf sichere, DSGVO-konforme und souveräne Cloud-Lösungen unter  
12 Berücksichtigung der digitalen Souveränität.  
13 5. Implementierung einheitlicher IT-Sicherheitsstandards auf allen Parteebenen,  
14 orientiert an aktuellen Standards und „State of the Art“ Practices.  
15 6. Beschaffung moderner Hardware und Softwarelizenzen für alle  
16 Geschäftsstellen.  
17 7. Aufbau redundanter Backup-Systeme und Notfallpläne (Business Continuity  
18 Management) für den Fall von Cyberangriffen oder technischem Versagen.

19 Die Details des Antrags werden noch mit einem Änderungsantrag bis 10. April 2026  
20 ergänzt und angepasst.

21 **Begründung:**

22 Die IT-Infrastruktur politischer Parteien befindet sich vielerorts in einem kritischen  
23 Zustand. Eine aktuelle Erhebung zeigt, dass weniger als 18 Prozent der IT-Expertinnen  
24 und -Experten im öffentlichen Sektor das vorhandene Budget für ausreichend halten.  
25 (Netzpalaver (2025): Öffentlicher Sektor – Mehrheit der IT-Experten hält Budget für  
26 unzureichend. [https://netzpalaver.de/2025/06/23/oeffentlicher-sektor-mehrheit-der-  
27 it-experten-haelt-budget-fuer-unzureichend/](https://netzpalaver.de/2025/06/23/oeffentlicher-sektor-mehrheit-der-it-experten-haelt-budget-fuer-unzureichend/))

28 Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDS) verfügt Stand November  
29 2025 noch nicht einmal über eine eigene IT-Infrastruktur, ein Zustand, der die  
30 systemische Vernachlässigung dieses Bereichs symptomatisch illustriert. (Bundestag:  
31 BMDS hat noch keine eigene IT-Infrastruktur.  
32 <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1126484>)

33 Zudem besteht eine bedenkliche Abhängigkeit von einzelnen ausländischen Anbietern  
34 bei Cloud-Diensten, Betriebssystemen und Netzwerktechnik. (Bundestag:

- 1 Abhängigkeit von ausländischen IT-Anbietern.
- 2 <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1106074>)
- 3 Zersplitterte IT-Landschaften, doppelte Datenerfassungen und veraltete Fachsysteme
- 4 prägen die Realität vieler Parteistrukturen. Rund 80 Prozent der Befragten sehen
- 5 Datenschutzregularien und gesetzliche Vorgaben als zusätzliches Hemmnis für die
- 6 Digitalisierung.
- 7 Der BSI-Lagebericht zur IT-Sicherheit in Deutschland bewertet die
- 8 Cyberbedrohungslage als „unvermindert hoch“. Veraltete IT-Infrastruktur gefährdet
- 9 nicht nur die Handlungsfähigkeit und Datensicherheit, sondern auch die
- 10 demokratischen Prozesse innerhalb der Partei. Beschlüsse, Mitgliederdaten und
- 11 politische Kommunikation müssen zuverlässig und sicher verarbeitet werden können.

<b>Antrags-Nr.</b>	<b>P13</b>
<b>Antragsteller*in</b>	KV Heidenheim Lena Graf (Kreisvorstandsvorsitzende), Henrik Bräuer (Kreisvorstandsvorsitzender), Till Blatt (stellvertretender Vorstandsvorsitzender), Daniel Rolfs (Schatzmeister)

1 **P13 - Heidenheim Antrag 3**

2 Die 1. Tagung des 10. Landesparteitages des Landesverbandes Baden-Württemberg  
3 der Partei Die Linke möge beschließen:

- 4 1. Durchführung einer jährlichen Schulungsreihe zu IT-Grundlagen und digitaler  
5 Kompetenz für alle Funktionsträger:innen der Partei auf Landes- und  
6 Kreisebene.  
7 2. Einrichtung eines regelmäßigen Formats „IT verständlich erklärt“ für alle  
8 Parteigremien, um technische Zusammenhänge in politisch relevanter Sprache  
9 zu vermitteln.  
10 3. Integration von IT-bezogenen Themen in die politische Bildungsarbeit der  
11 Partei, insbesondere in die Angebote der parteinahen Stiftung.  
12 4. Benennung von IT-Beauftragten auf Kreis- und Landesebene als zentrale  
13 Ansprechpartner\*innen für digitale Fragen.  
14 5. Erstellung eines parteiinternen Leitfadens „IT-Kompetenz für politische Arbeit“,  
15 der praxisnah die Bedeutung digitaler Werkzeuge für die tägliche Parteiarbeit  
16 vermittelt.

17 Die Details des Antrags werden noch mit einem Änderungsantrag bis 10. April 2026  
18 ergänzt und angepasst.

19 **Begründung:**

20 Digitale Kompetenz ist innerhalb politischer Parteien höchst ungleich verteilt. Die  
21 Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) stellt in ihrer Studie zur Digitalisierung politischer  
22 Parteien fest, dass Technologie-Akzeptanz und Digital Literacy stark variieren und eine  
23 systematische Hybridisierung digitaler und analoger Arbeitsweisen notwendig ist.

24 (KAS: Erneuerung politischer Parteien – Digitalisierung und politische Parteien.

25 [https://www.kas.de/documents/d/guest/erneuerung-politischer-parteien-](https://www.kas.de/documents/d/guest/erneuerung-politischer-parteien-digitalisierung-und-politische-parteien)  
26 [digitalisierung-und-politische-parteien\)](https://www.kas.de/documents/d/guest/erneuerung-politischer-parteien-digitalisierung-und-politische-parteien)

27 Das Bayerische Forschungsinstitut für Digitale Transformation (bidt) konstatiert zwar,  
28 dass die Politik Digitalisierung als Querschnittsthema erkannt hat, bemängelt jedoch  
29 das völlige Fehlen einer systematischen Evaluation digitaler Maßnahmen. (bidt (2025):  
30 Politik erkennt Digitalisierung als Querschnittsthema.

31 [https://www.bidt.digital/themenmonitor/politik-erkennt-digitalisierung-als-](https://www.bidt.digital/themenmonitor/politik-erkennt-digitalisierung-als-querschnittsthema/)  
32 [querschnittsthema/\)](https://www.bidt.digital/themenmonitor/politik-erkennt-digitalisierung-als-querschnittsthema/)

33 Eine Dissertation an der Freien Universität Berlin belegt, dass die Interpretation und  
34 Kommunikation auf der mittleren Parteiebene entscheidend für den Erfolg von  
35 Digitalisierungsvorhaben ist. (Dissertation FU Berlin (Pehlert, 2024): Digitalisierung in

1 Parteien. [https://refubium.fu-](https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/42036/20240115_Dissertation_Pehlert.pdf)  
2 [berlin.de/bitstream/handle/fub188/42036/20240115\\_Dissertation\\_Pehlert.pdf](https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/42036/20240115_Dissertation_Pehlert.pdf))  
3 Die Plattform campai.com bestätigt: Digitale Parteiarbeit scheitert in der Praxis selten  
4 an fehlenden technischen Werkzeugen, sondern an mangelnder Organisation, unklaren  
5 Zielen und fehlenden Abläufen. (campai.com: Digitale Parteiarbeit.  
6 <https://www.campai.com/de/akademie/digitale-parteiarbeit>)  
7 Ohne ein grundlegendes IT-Verständnis auf allen Ebenen können digitale Chancen  
8 nicht genutzt und Risiken nicht adäquat eingeschätzt werden. IT ist kein reines  
9 Technikthema, sondern ein politisches Querschnittsthema, das von der  
10 Kampagnenarbeit über die Mitgliederverwaltung bis hin zur innerparteilichen  
11 Demokratie alle Bereiche durchdringt. Digitalisierung als Querschnittsaufgabe betrifft  
12 soziale Medien ebenso wie die interne Administration. Unterschiedliche  
13 Bereitschaftsgrade auf verschiedenen Ebenen führen zu Verbindungsverlust und  
14 ineffizienten Strukturen. Nur durch gezielte Bildungsarbeit kann die Partei  
15 sicherstellen, dass alle Gliederungen die Möglichkeiten der Digitalisierung verstehen  
16 und nutzen.

<b>Antrags-Nr.</b>	<b>P14</b>
<b>Antragsteller*in</b>	KV Heidenheim Lena Graf (Kreisvorstandsvorsitzende), Henrik Bräuer (Kreisvorstandsvorsitzender), Till Blatt (stellvertretender Vorstandsvorsitzender), Daniel Rolfs (Schatzmeister)

1 **P14 - Heidenheim Antrag 4**

2 Die 1. Tagung des 10. Landesparteitages des Landesverbandes Baden-Württemberg  
3 der Partei Die Linke möge beschließen:

- 4 1. Gründung folgender Landesarbeitsgemeinschaften (LAGs):  
5 Prozessmanagement, Informationsmanagement, Wissensmanagement, IT-  
6 Strategie, IT-Governance, Kommunikationsmanagement,  
7 Anforderungsmanagement, Projektmanagement sowie IT-Administration und  
8 Betrieb.  
9 2. Alternativ: Zusammenfassung der genannten Themenfelder unter einer  
10 übergeordneten LAG „Digitale Transformation und IT-Governance“ mit  
11 entsprechenden thematischen Arbeitskreisen.  
12 3. Der Landesvorstand wird beauftragt, die Gründung gemäß §7 der  
13 Bundessatzung und der jeweiligen Landessatzung organisatorisch zu  
14 unterstützen und zu begleiten.  
15 4. Bereitstellung finanzieller Mittel und organisatorischer Ressourcen für die  
16 Gründungsphase der neuen Zusammenschlüsse.  
17 5. Beantragung der Anerkennung als bundesweite Zusammenschlüsse (BAGs)  
18 gemäß Bundessatzung §7 Abs. 2, sobald die Voraussetzungen (Präsenz in  
19 mindestens 8 Landesverbänden) erfüllt sind.

20 Die Details des Antrags werden noch mit einem Änderungsantrag bis 10. April 2026  
21 ergänzt und angepasst.

22 **Begründung:**

23 Die Bundessatzung der Partei sieht in §7 ausdrücklich die freie Bildung  
24 innerparteilicher Zusammenschlüsse vor. Diese bestimmen selbstständig ihren Beitrag  
25 zur Parteiarbeit, ihre Arbeitsweise und innere Struktur. (Die Linke: Bundessatzung §7 –  
26 Innerparteiliche Zusammenschlüsse. [https://www.die-  
27 linke.de/partei/grundsatzdokumente/bundessatzung/](https://www.die-linke.de/partei/grundsatzdokumente/bundessatzung/))

28 Die bundesweite Anerkennung erfolgt, wenn ein Zusammenschluss in mindestens 8  
29 Landesverbänden aktiv ist und mindestens ein Zweihundertstel der Mitglieder  
30 repräsentiert. Erfolgreiche Beispiele existierender BAGs wie die BAG Frieden und  
31 Internationale Politik oder die BAG Betrieb und Gewerkschaft (16 zugehörigen LAGs)  
32 belegen die Funktionsfähigkeit dieses Modells.

33 Auf Landesebene regelt beispielsweise die Satzung des Landesverbandes, dass LAGs  
34 mit mindestens 20 Mitgliedern aus 4 Kreisverbänden gegründet werden können.

1 Zusammenschlüsse können zudem Delegierte zum Parteitag entsenden und somit  
2 unmittelbar an der politischen Willensbildung mitwirken.

3 Die genannten Managementdisziplinen: Prozessmanagement, IT-Governance,  
4 Projektmanagement und weitere, sind international etablierte Fachgebiete mit  
5 anerkannten Rahmenwerken wie ITIL, COBIT und PMBOK. Diese Expertise fehlt der  
6 Partei bisher strukturell. Durch die Gründung von LAGs und perspektivisch BAGs wird  
7 Fachwissen institutionalisiert und demokratisch in die Parteiarbeit eingebracht. Die  
8 LAGs ermöglichen es Mitgliedern mit einschlägiger beruflicher Expertise, ihre  
9 Kompetenzen gezielt für die Partei einzusetzen und tragen so zur Professionalisierung  
10 der parteiinternen Strukturen bei.

<b>Antrags-Nr.</b>	<b>P15</b>
<b>Antragsteller*in</b>	KV Heidenheim Lena Graf (Kreisvorstandsvorsitzende), Henrik Bräuer (Kreisvorstandsvorsitzender), Till Blatt (stellvertretender Vorstandsvorsitzender), Daniel Rolfs (Schatzmeister)

1 **P15 - Heidenheim Antrag 5**

2 Die 1. Tagung des 10. Landesparteitages des Landesverbandes Baden-Württemberg  
3 der Partei Die Linke möge beschließen:

- 4 1. Erarbeitung eines Konzepts „Digitale Teilhabe im ländlichen Raum“ innerhalb  
5 von 12 Monaten, das sowohl parteiinterne als auch politische Forderungen  
6 umfasst.  
7 2. Stärkung der Kreisverbände im ländlichen Raum durch gezielte  
8 (IT-)Unterstützung, Bereitstellung digitaler Infrastruktur und technische  
9 Beratung.  
10 3. Forderung an die Landesregierung: Verabschiedung einer landesweiten  
11 Gigabitstrategie mit verbindlichen Ausbauzielen für ländliche Regionen.  
12 4. Einrichtung von digitalen Begegnungsorten und Co-Working-Spaces in  
13 ländlichen Kommunen als politische Forderung zur Förderung dezentraler  
14 Arbeitsstrukturen.  
15 5. Sicherstellung der Teilnahme ländlicher Kreisverbände an digitalen  
16 Parteistrukturen durch technische und finanzielle Unterstützung.  
17 6. Politische Forderung nach flächendeckender Mobilfunkversorgung (5G) auch in  
18 dünn besiedelten Gebieten.

19 Die Details des Antrags werden noch mit einem Änderungsantrag bis 10. April 2026  
20 ergänzt und angepasst.

21 **Begründung:**

22 Die digitale Kluft zwischen Stadt und Land ist in Deutschland weiterhin erheblich. Die  
23 BREKO-Marktanalyse 2025 weist zwar eine gesamtdeutsche Glasfaserausbauquote  
24 von 52,8 Prozent (Homes Passed) aus, jedoch liegt die tatsächliche Anschlussquote  
25 bei nur 27,3 Prozent, wobei ländliche Regionen deutlich unterversorgt bleiben. (BREKO  
26 Marktanalyse 2025: Glasfaserausbau in Deutschland.

27 <https://brekoverband.de/aktuelles/breko-marktanalyse/>

28 In Bayern beispielsweise verfügen ländliche Gebiete lediglich über eine  
29 Glasfaserversorgung von 18,3 Prozent gegenüber 67,2 Prozent in städtischen Räumen.

30 Der wirtschaftliche Nutzen des Breitbandausbaus ist empirisch belegt: Eine PwC-  
31 Studie zeigt, dass das Bruttoerwerbseinkommen in ausgebauten Gebieten um 2,49  
32 Prozentpunkte höher liegt als in vergleichbaren Regionen ohne Ausbau.(PwC:  
33 Glasfaserkabel im ländlichen Raum – Wirtschaftswachstum.

34 <https://blogs.pwc.de/de/oeffentlicher-sektor-zukunft->

1 [gestalten/article/248950/glasfaserkabel-im-laendlichen-raum-realistische-chance-](https://www.gestalten/article/248950/glasfaserkabel-im-laendlichen-raum-realistische-chance-fuer-wirtschaftswachstum-in-deutschland/)  
2 [fuer-wirtschaftswachstum-in-deutschland/](https://www.gestalten/article/248950/glasfaserkabel-im-laendlichen-raum-realistische-chance-fuer-wirtschaftswachstum-in-deutschland/))

3 Gleichzeitig berichten laut Deloitte 30 Prozent der Befragten über Probleme mit der  
4 Mobilfunkversorgung in ländlichen Regionen.(Deloitte Glasfaser-Studie 2025.  
5 <https://www.deloitte.com/de/de/Industries/tmt/research/glasfaser-studie-2025.html>)

6 Die Fraktion Die Linke im Bundestag fordert gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt  
7 und Land, eine Reform der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz  
8 (GAK) sowie die Stärkung von Regionalbudgets. (Fraktion Die Linke: Ländliche Räume.  
9 <https://www.dielinkebt.de/themen/a-z/detailansicht/laendliche-raeume/>)

10 Der verfassungsrechtliche Auftrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse  
11 gemäß Art. 72 des Grundgesetzes erfordert zwingend eine angemessene digitale  
12 Infrastruktur auch im ländlichen Raum. Die Partei selbst muss ihre ländlichen  
13 Strukturen aktiv stärken, um nicht ausschließlich als urbanes Phänomen  
14 wahrgenommen zu werden und um den ländlichen Kreisverbänden eine  
15 gleichberechtigte Teilhabe an der innerparteilichen Willensbildung zu ermöglichen.

<b>Antrags-Nr.</b>	<b>P16</b>
<b>Antragsteller*in</b>	KV Heidenheim Lena Graf (Kreisvorstandsvorsitzende), Henrik Bräuer (Kreisvorstandsvorsitzender), Till Blatt (stellvertretender Vorstandsvorsitzender), Daniel Rolfs (Schatzmeister)

1 **P16 – Heidenheim Antrag 6**

2 Die 1. Tagung des 10. Landesparteitages des Landesverbandes Baden-Württemberg  
3 der Partei Die Linke möge beschließen:

- 4 1. Erarbeitung einer parteiinternen IT-Strategie, die explizit an die politischen Ziele  
5 und programmatischen Beschlüsse der Partei anknüpft.  
6 2. Nutzung digitaler Werkzeuge zur Verbesserung der Mitgliederpartizipation und  
7 innerparteilichen Demokratie, insbesondere durch sichere digitale  
8 Abstimmungsverfahren und Beteiligungsplattformen.  
9 3. Einsatz von IT für effizientere Kampagnenarbeit, Mobilisierung und  
10 Kommunikation mit Bürger:innen und Mitgliedern.  
11 4. Einrichtung digitaler Plattformen für transparente Entscheidungsfindung und  
12 Wissensaustausch innerhalb der Parteistrukturen.  
13 5. Integration von Datenanalyse zur evidenzbasierten Politikentwicklung unter  
14 strikter Wahrung des Datenschutzes.  
15 6. Entwicklung IT-gestützter Bürgerbeteiligungsformate für die  
16 kommunalpolitische Arbeit.

17 Die Details des Antrags werden noch mit einem Änderungsantrag bis 10. April 2026  
18 ergänzt und angepasst.

19 **Begründung des Antrages:**

20 Das Onlinezugangsgesetz (OZG) bildet die rechtliche Grundlage für die digitale  
21 Verwaltung in Deutschland. Mit dem OZG-Änderungsgesetz 2024 wurde die  
22 Digitalisierung als „Daueraufgabe“ und als größtes Modernisierungsprojekt seit  
23 Bestehen der Bundesrepublik anerkannt. (BMI: Onlinezugangsgesetz (OZG).  
24 [https://www.bmi.bund.de/DE/themen/moderne-  
verwaltung/verwaltungsmodernisierung/onlinezugangsgesetz/onlinezugangsgesetz-  
node.html](https://www.bmi.bund.de/DE/themen/moderne-<br/>25 verwaltung/verwaltungsmodernisierung/onlinezugangsgesetz/onlinezugangsgesetz-<br/>26 node.html))

27 Was für den Staat gilt, muss auch für politische Parteien gelten: IT ist kein  
28 Selbstzweck, sondern ein strategisches Instrument zur Erreichung der Kernziele der  
29 Partei: soziale Gerechtigkeit, Demokratisierung, Transparenz und Bürgernähe.

30 Die KAS-Studie identifiziert ein Fünf-Säulen-Modell der Partei-Digitalisierung, das von  
31 Social Media bis zur internen Administration reicht. (KAS: Erneuerung politischer  
32 Parteien – Digitalisierung und politische Parteien.  
33 [https://www.kas.de/documents/d/guest/erneuerung-politischer-parteien-  
digitalisierung-und-politische-parteien](https://www.kas.de/documents/d/guest/erneuerung-politischer-parteien-<br/>34 digitalisierung-und-politische-parteien))

1 Das bidt bestätigt Digitalisierung als politisches Querschnittsthema, das  
2 systematischer Evaluation bedarf.(bidt (2025): Politik erkennt Digitalisierung als  
3 Querschnittsthema. [https://www.bidt.digital/themenmonitor/politik-erkennt-](https://www.bidt.digital/themenmonitor/politik-erkennt-digitalisierung-als-querschnittsthema/)  
4 [digitalisierung-als-querschnittsthema/](https://www.bidt.digital/themenmonitor/politik-erkennt-digitalisierung-als-querschnittsthema/))

5 Automatisierung kann die Parteiarbeit bei Routineaufgaben, Dokumentenmanagement  
6 und Reporting erheblich entlasten und Ressourcen für die eigentliche politische Arbeit  
7 freisetzen.

8 Moderne IT-Governance, E-Government-Konzepte und Smart-Governance-Ansätze  
9 bieten transformative Potenziale, die die Partei strategisch nutzen muss. Durch die  
10 bewusste Verknüpfung von IT-Strategie und politischer Programmatik kann die Partei  
11 ihre Glaubwürdigkeit stärken: Wer digitale Teilhabe fordert, muss sie intern vorleben.  
12 Wer Bürgerbeteiligung propagiert, muss digitale Beteiligungswerkzeuge bereitstellen.  
13 Wer Transparenz einfordert, muss eigene Entscheidungsprozesse digital  
14 nachvollziehbar gestalten.

## G-Anträge

Antrags-Nr.	G01
Antragsteller*in	LAG Demokratische Linke

### 1 **G01 - Zivilgesellschaft schützen**

2 Die Linke Baden-Württemberg steht an der Seite der demokratischen Zivilgesellschaft  
3 und verurteilt die Angriffe von rechts auf diese.

4 Die Angriffe von rechts auf die Zivilgesellschaft nehmen immer weiter zu. Mithilfe von  
5 Anfragen auf allen politischen Ebenen diskreditiert die AfD  
6 Nichtregierungsorganisationen, wirft ihnen mangelnde Transparenz vor oder gar von  
7 der Regierung gesteuert zu sein. Die Anzahl der parlamentarischen Anfragen dazu hat  
8 sich im letzten Jahr auf 295 mehr als verdoppelt. Auch im baden-  
9 württembergischen Landtag gab es bereits eine kleine Anfrage zur „Politischen  
10 Neutralität staatlich geförderter Organisationen“. Auf kommunaler Ebene werden beim  
11 Programm „Demokratie leben“ wie in Bitterfeld-Wolfen Stellenanteile gekürzt. Das alles  
12 dient dazu die demokratische Zivilgesellschaft einzuschüchtern, zu schwächen und auf  
13 Dauer handlungsunfähig zu machen. Dem stellt die Linke in Baden-Württemberg sich  
14 auf allen Ebenen entgegen. Eine starke Zivilgesellschaft ist das Rückgrat unserer  
15 Demokratie. Wir verwehren uns gegen die Diffamierungen der NGOs und unterstützen  
16 diese in ihrer Arbeit. Kürzungen bei Stellen oder finanziellen Mitteln lehnen wir ab.

### 17 **Begründung:**

18 Die demokratische Zivilgesellschaft ist ein unverzichtbarer Teil öffentlicher  
19 Daseinsvorsorge: Sie verteidigt Grundrechte, organisiert Solidarität und macht soziale  
20 Missstände sichtbar, die staatliche Institutionen oder Marktlogiken oft ausblenden.  
21 Rechte Kampagnen gegen Träger politischer Bildung, Kultur- und Sozialarbeit zielen  
22 darauf, kritische Stimmen zu delegitimieren, Ressourcen zu entziehen und engagierte  
23 Menschen einzuschüchtern – mit dem Effekt, dass gerade marginalisierte Gruppen  
24 zuerst Angebote verlieren.

25 Wer Beteiligung, Aufklärung und soziale Infrastruktur schwächt, öffnet autoritären  
26 Antworten Tür und Tor. Uns geht es nicht um Privilegien für einzelne Träger, sondern  
27 um gleiche demokratische Rechte für alle: transparente, verlässliche Förderung,  
28 Schutz vor willkürlicher Diskreditierung und die Sicherung von Räumen, in denen  
29 Menschen sich organisieren können. Eine handlungsfähige Zivilgesellschaft stärkt  
30 Kommunen, schützt Minderheiten und macht Demokratie im Alltag erfahrbar – deshalb  
31 verdient sie politischen Rückhalt und stabile Finanzierung.

<b>Antrags-Nr.</b>	<b>G02</b>
<b>Antragsteller*in</b>	<b>LAG Demokratische Linke</b>

## **G02 - Konnexitätsprinzip einhalten – Kommunalfinanzen stabilisieren**

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Wir kritisieren die grün-schwarze Landesregierung für die fortgesetzte Nichteinhaltung des Konnexitätsprinzips und die unzureichende finanzielle Ausstattung der Kommunen bei Aufgabenübertragungen.
2. Wir machen öffentlichkeitswirksam deutlich: Das zentrale Problem der kommunalen Haushaltslage ist ein strukturelles Einnahmenproblem infolge mangelnder Konnexität – nicht primär ein „Ausgabenproblem“ der Kommunen.

3. Daraus ergeben sich u.a. folgende Handlungsempfehlungen für unsere kommunalen Mandatsträger:innen:

- Prüfung einer maßvollen Anhebung des Gewerbesteuer-Hebesatzes (Gewerbesteuer fällt nur bei Gewinnen an; keine automatische Abwanderung/Insolvenzfolge).
- Einführung bzw. moderate Erhöhung der Grundsteuer C für unbebautes Bauland zur Einnahmensteigerung und Baulandaktivierung; zusätzlicher Effekt auf Schlüsselzuweisungen und Grundsteuer B.
- Einführung einer kommunalen Verpackungsabgabe auf Einwegverpackungen nach Vorbild Tübingen und Freiburg.
- Einführung bzw. Anpassung einer Zweitwohnsitzsteuer zur direkten Einnahmengenerierung und Anreizsetzung für die Verlagerung des Erstwohnsitzes.
- Umwandlung geeigneter Schulen in gebundene Ganztagschulen in Kooperation mit den Schulträgern (hier kommt das Land dann in Finanzierungspflicht).
- Nicht-aufkommensneutrale Reform der Parkgebührenordnung mit Staffelung nach Autolänge.

4. Vernetzung und Qualifizierung

- Der Landesverband richtet eine Taskforce „Kommunalfinanzen“ ein, die Best Practices sammelt, Quartals-Sprechstunden anbietet und Musterbeschlüsse/Muster-Pressemitteilungen aktuell hält.
- Es wird jährlich mindestens eine Fortbildung zu Kommunalabgabenrecht, Gebührenkalkulation oder wirkungsvoller Öffentlichkeitsarbeit angeboten.

1 **Begründung:**

2

3 Die Finanzlage vieler Kommunen und Landkreise verschlechtert sich seit Jahren. Die  
4 Ausgaben steigen vor allem durch zusätzliche gesetzliche Aufgaben, während eine  
5 vollständige Gegenfinanzierung durch Land und Bund häufig ausbleibt. Zentraler  
6 Treiber der strukturellen Haushaltslücken ist die Missachtung des Konnexitätsprinzips:  
7 Wer Aufgaben überträgt, muss die daraus entstehenden Kosten tragen. Kürzungen bei  
8 freiwilligen Leistungen (u. a. Kultur, Zivilgesellschaft, Klimaschutz, ÖPNV) sind die  
9 direkte Folge – sie treffen die Lebensqualität vor Ort und gefährden die kommunale  
10 Handlungsfähigkeit.

11 Die Landesregierung in Baden-Württemberg hat es versäumt, Konnexität verbindlich  
12 und transparent sicherzustellen. Damit wird das Einnahmeproblem der Kommunen  
13 verschärft und auf lokaler Ebene politisch ausgetragen. Die Linke hat es nicht in den  
14 Landtag geschafft; umso wichtiger ist es, unsere kommunalen Mandatsträger zu  
15 befähigen, vor Ort wirksam gegenzusteuern, Missstände sichtbar zu machen und  
16 konkrete Verbesserungen zu erreichen.

17 Die genannten kommunalen Instrumente sind praxistauglich und vielfach erprobt. Sie  
18 stärken die Einnahmehasis, setzen sinnvolle Lenkungswirkungen (Bauen  
19 voranbringen, Flächen und Verkehr fair bepreisen) und schaffen finanzielle Spielräume  
20 für Daseinsvorsorge. Monitoring, Musteranträge und Qualifizierung unterstützen die  
21 Umsetzung vor Ort und erhöhen gleichzeitig den Druck auf die Landesregierung, das  
22 Konnexitätsprinzip umzusetzen.

<b>Antrags-Nr.</b>	<b>G03</b>
<b>Antragsteller*in</b>	Rudolf Bürgel (Delegierter, Ansprechpartner für den Antrag), Präsidium Landesausschuss, KV Calw-Freudenstadt, KV Freiburg, KV Reutlingen, KV Schwarzwald-Baar-Heuberg, Linksjugend [ `solid] Baden-Württemberg, Elwis Capece, Landessprecher, Sander Frank, Delegierter, Isabell Fuhrmann, Mitglied Landesvorstand, Mersedeh Ghazaei, KV Stuttgart, Thomas Hanser, Delegierter Parteirat, Sahra Mirow, Landessprecherin, Sabine Skubsch, Delegierte Parteirat, Amelie Vollmer, Mitglied Landesvorstand, Anne Zerr, MdB

## 1 **G03 - Sicherheit für die Menschen statt Vaterlandsverteidigung**

2 Kriege und Aufrüstung nehmen weltweit zu. Gerade haben die USA und Israel mit  
3 ihrem Angriff auf den Iran einen Flächenbrand in Westasien ausgelöst. In dieser  
4 Situation nimmt Die Linke ihre historische Verantwortung zur Erhaltung des Friedens  
5 an. Wir werden das Jahr 2026 dazu nutzen, gemeinsame mit Gewerkschaften, Kirchen,  
6 zivilgesellschaftlichen Initiativen, Vereinen und antifaschistischen friedensbewegten  
7 Menschen aus anderen Parteien am Aufbau einer starken Friedensbewegung  
8 mitzuwirken. Die Schüler\*innen, die im Dezember und März gegen die Wehpflicht  
9 gestreikt haben, machen uns Hoffnung.

10 Unsere Friedenspolitik gründet auf einem klassenpolitischen Standpunkt: Unsere  
11 Sichtweise ist die der Menschen, die unter Kriegen leiden, die als Zivilist\*innen oder  
12 Soldat\*innen ihr Leben und ihre Gesundheit lassen müssen, die erleben müssen, wie  
13 das, was sie mit ihrer Arbeit aufgebaut haben, zerstört wird. Unsere Sichtweise ist die  
14 der Menschen, deren Sozialleistungen zugunsten gigantischer  
15 Aufrüstungsmaßnahmen gekürzt werden. Unsere Sicht ist nicht die von  
16 Staatsmännern, die die Stunde der Führungsmacht Deutschland gekommen sehen.  
17 Unsere Sicht ist nicht die von Ideolog\*innen, die den westlichen „Way of Life“ der Welt  
18 aufdrücken wollen. Unsere Sicht ist nicht die der Konzerne, die Sicherheit nur in Bezug  
19 auf ihre Handelswege interessiert. Aufrüstung und Militarisierung hat nichts mit  
20 Erhaltung der Demokratie zu tun, sondern bringt Armut, stärkt den Rechtsextremismus  
21 und diktatorische Politik.

22 Unser Kompass ist die Frage: Wie können wir in Frieden und Sicherheit leben? Unser  
23 „wir“ sind die Menschen, die in Frieden und sozialer Sicherheit leben wollen und nicht  
24 das nationalstaatliche Vaterland. Wenn wir von Europa reden, meinen wir die  
25 Menschen, die hier leben und nicht die EU, deren Staaten durch immense Aufrüstung  
26 ihre Einflussphären sichern wollen.

27 Unser Beitrag zu Frieden in der Welt ist es, am Aufbau einer starke Friedensbewegung  
28 mitzuarbeiten. Unser Ziel ist die mächtigen Staaten der Welt – darunter auch  
29 Deutschland - von ihrem desaströsen Aufrüstungs- und Kriegskurs abzubringen.

30 Wir werden der Aufrüstungs- und Kriegspropaganda unsere eigene Erzählung von  
31 unserem Schutz und unserer Sicherheit entgegensetzen. Wir werden dem  
32 Blockdenken und dem sich im Krieg sich zuspitzenden Freund-Feind-Denken eine

1 Politik der Friedenstüchtigkeit, der Differenzierung, des Dialogs und Pluralisierung  
2 entgegensetzen, für Abrüstung und Rüstungskontrolle.

3 **Die Linke bekräftigt folgendes:**

- 4 • Wir lehnen Auslandseinsätze der Bundeswehr oder deutscher Truppen  
5 unter anderer Führung ab.
- 6 • Wir lehnen Rüstungsexporte – insbesondere in Kriegsgebiete - ab.
- 7 • Wir lehnen Sanktionen ab, solange sie nicht von gewerkschaftlichen oder  
8 sozialen Massenorganisationen des von Sanktionen betroffenen Landes (wie  
9 in Südafrika unter dem Apartheidregime) gefordert werden.
- 10 • Wir lehnen die Militarisierung des zivilen Lebens – sei es an Schulen,  
11 Universitäten oder im Gesundheitsbereich – ab.
- 12 • Wir lehnen die Wehrpflicht und andere Zwangsdienste ab. Wir  
13 unterstützen Kampagnen gegen die Wehrpflicht und bieten den Betroffenen  
14 Hilfe an.
- 15 • Wir fordern alle unsere Mandatstragenden im EU-, Bundes und in den  
16 Länderparlamenten auf, keinen Gesetespaketen zuzustimmen, die Gelder zur  
17 Aufrüstung bewilligen oder Waffenlieferungen, Rüstungsexporten oder  
18 Sanktionen ermöglichen.
- 19 • Als Linke bieten wir unseren jungen Mitgliedern und Sympathisierenden  
20 ein Schulungsprogramm an, das sie befähigt, sich mit der Geschichte  
21 imperialistischer Kriege auseinanderzusetzen und das den Widerstand gegen  
22 Kriege erinnert und reflektiert (Erster und Zweiter Weltkrieg,  
23 Wiederbewaffnung, Vietnamkrieg, Widerstand gegen NATO-Doppelbeschluss  
24 in den 1980er Jahren, Jugoslawienkrieg, Irakkrieg etc.).

<b>Antrags-Nr.</b>	<b>G04</b>
<b>Antragsteller*in</b>	Antragsteller*innen: KV Heidelberg/Badische Bergstraße, Nicola Vallon (Kreisvorstand Heidelberg/Badische Bergstraße), Marina Bartolovic (OV Neckartal, KV Heidelberg/Badische Bergstraße), Jaqueline Brenner (Ortsvorstand Neckartal, KV Heidelberg/Badische Bergstraße), Daniel Kraut (OV Heidelberg, Erweiterter Landesvorstand BW), Carsten Labudda (Stadt- und Kreisrat, OV Weinheim), Frederike Marx (Kreisrätin, KV Heidelberg/Badische Bergstraße), Marco La Licata (Stadtrat Neckargemünd, KV Heidelberg/Badische Bergstraße), Michelle Allion (KV Karlsruhe, erweiterter Landesvorstand), John-Eric Löser (KV Konstanz), Sascha Pierre Becker (KV Schwarzwald-Baar-Heuberg), Diana Grübler (KV Konstanz), Thomas Hörth (KV Baden-Baden/Rastatt), Marie Aschenbrenner (KV Konstanz), Sophie Heiß (KV Ravensburg), Ingrid Petri (KV Ludwigsburg), Sander Frank (KV Bodenseekreis), Bernadette Scheidecker (KV Baden-Baden/Rastatt), Jasmin Weber (KV Biberach), Jonas Böll (KV Sigmaringen-Zollernalb)

1 **G04 - Psychische Gesundheit ist kein Luxus!**

2 In Zeiten multipler gesellschaftlicher Krisen steigt auch der Bedarf an  
3 psychotherapeutischer Betreuung.

4 Die Linke Baden-Württemberg kämpft an der Seite der psychotherapeutischen  
5 Berufsvereinigungen für mehr und verbesserte psychotherapeutische Angebote. Daher  
6 fordern wir die sofortige Rücknahme der am 11.03.2026 beschlossenen Kürzungen von  
7 4,5%, die ab dem 01.04.2026 in Kraft getreten sind. Darüber hinaus fordern wir  
8 weiterhin einen Ausbau der psychotherapeutischen Versorgung, verbunden mit einer  
9 fairen Vergütung psychotherapeutischer Leistungen.

10 Auch in der außerparlamentarischen Opposition werden wir dieses Thema in Zukunft  
11 verstärkt aufgreifen, skandalisieren und uns an Aktionen, Aufklärung und  
12 Arbeitskämpfen aktiv beteiligen

13 Außerdem werden wir die psychische Gesundheitsversorgung noch mehr in den Fokus  
14 unserer gesundheitspolitischen Arbeit stellen.

15 Wir als Die Linke kämpfen für eine massive Ausweitung von psychotherapeutischer  
16 und psychiatrischer Versorgung. Dazu gehört auch die Sicherstellung der Finanzierung  
17 einer angemessenen Anzahl von Weiterbildungsplätzen und einer fairen Vergütung in  
18 der Psychotherapie-Weiterbildung. Dies sehen wir als notwendig, um die  
19 psychotherapeutische Versorgung und deren Qualität langfristig zu sichern.

20 **Begründung:**

21 Am 11.03.2026 hat der Erweiterte Bewertungsausschuss auf Betreiben des  
22 Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen beschlossen, die Vergütung der

1 ambulanten Psychotherapie zum 01.04.26 pauschal **um 4,5% abzuwerten**. Diese  
2 Kürzungen gefährden die psychotherapeutische Versorgung müssen daher **mit**  
3 **sofortiger Wirkung** zurückgenommen werden.

4 Die Deutsche Psychotherapeuten Vereinigung sagte dazu in einer ersten  
5 Stellungnahme am 11.03.2026: „Aus unserer Sicht setzt diese Entscheidung ein fatales  
6 Signal. Schon heute ist die Versorgungssituation für viele psychisch erkrankte  
7 Menschen angespannt, gleichzeitig steigt der Bedarf an psychotherapeutischer  
8 Behandlung weiter an. In dieser Situation die Vergütung ambulanter Psychotherapie  
9 abzusenken, ist aus unserer Sicht fachlich nicht nachvollziehbar und  
10 gesundheitspolitisch ein klarer Rückschritt.“

11 Die Präsidentin der Bundespsychotherapeutenkammer, Dr. Andrea Benecke, wird in  
12 einer Pressemitteilung vom 12.03.2026 noch deutlicher. „Das ist Kürzungspolitik nach  
13 dem Rasenmäherprinzip. Die psychotherapeutischen Praxen leiden heute schon unter  
14 steigenden Kosten und der anhaltenden Inflation. Niemand käme in Tarifverhandlungen  
15 auf die Idee, in dieser Lage die Gehälter zu kürzen. Doch ausgerechnet für die  
16 Fachgruppe der vertragsärztlichen Versorgung mit den mit Abstand niedrigsten  
17 Honoraren wird eine solche Absenkung beschlossen. Das ist skandalös.“

18 Bereits jetzt warten Menschen mit psychischen Erkrankungen monatelang auf einen  
19 ambulanten Therapieplatz – sofern sie überhaupt einen finden.

20 Allgemein sollte überdacht werden, wie die ohnehin schwierige Versorgungssituation  
21 durch strukturelle Maßnahmen verbessert werden kann. Honorarabsenkungen sind  
22 hierbei definitiv ein Schritt in die falsche Richtung.

23 Von Seiten der GKV wurde vor allem mit im Gegenzug erhöhten „Strukturzuschlägen“  
24 argumentiert. Davon profitieren die meisten Praxen allerdings nur bedingt bis gar nicht.  
25 Wie den aktuellen Gesundheitsdaten der Kassenärztlichen Bundesvereinigung von  
26 2025 zu entnehmen ist, arbeitet ein zunehmender Anteil der niedergelassenen  
27 Psychotherapeut\*innen auf einem halben Kassensitz. Etwa dreiviertel aller  
28 Psychotherapeut\*innen sind Frauen. Der Strukturzuschlag kommt dagegen besonders  
29 Praxen mit hoher Auslastung zugute, bspw. größeren Gemeinschaftspraxen. Zu  
30 befürchten ist dadurch auch eine Umschichtung von Mitteln aus der Fläche und dem  
31 ländlichen Raum hin zur zentralisierten Gesundheitsversorgung, für die sowohl die  
32 noch aktuelle Landesregierung als auch die designierte neue Landesregierung stehen  
33 und der sich Die Linke landes- wie bundesweit entschieden entgegenstellt.

34 Befürchtet wird auch eine weitere Fokussierung auf Privatpatient\*innen.

35 Gesundheitsversorgung, auch psychotherapeutische Gesundheitsversorgung, muss  
36 nah am Menschen stattfinden und für alle Menschen verfügbar sein.

<b>Antrags-Nr.</b>	<b>G05</b>
<b>Antragsteller*in</b>	Antikapitalistische Linke (AKL) Baden-Württemberg (Landessprecher*innenrat)

1 **G05 - EnBW in Gemeineigentum unter demokratischer**  
2 **Verwaltung und Kontrolle**

3 Die EnBW und alle anderen Energiekonzerne sowie die Netzgesellschaften dürfen nicht  
4 länger Aktiengesellschaft mit Profitmaximierung und hohen Manager:innengehältern  
5 sein. Sie müssen in Gemeineigentum überführt und durch gewählte und jederzeit  
6 abwählbare Vertreter:innen aus Belegschaft, Gewerkschaften, Verbraucher:innen,  
7 Umwelt- und Klimaschutzorganisationen geführt werden. Statt Profitorientierung  
8 müssen sie umgestellt werden auf Unternehmen, die die dezentrale erneuerbare und  
9 soziale Energiewende organisieren. Dafür ist eine (Re)Kommunalisierung der  
10 Energieversorgung notwendig. Die Gewinne und Rücklagen müssen u.a. dafür genutzt  
11 werden, die Energiepreise für die privaten Verbraucher:innen abzusenken und mehr  
12 Gewerbesteuern an die Stadt Karlsruhe zu bezahlen, statt 51 Millionen  
13 zurückzufordern. Das 4,2 ha große EnBW-Areal in Stuttgart-Ost muss sofort an die  
14 Stadt Stuttgart zurückgegeben werden damit die seit Jahren leerstehenden Gebäude  
15 endlich für die geplanten 800 Wohnungen (vorwiegend im Bestand) und soziale  
16 Infrastruktur genutzt werden können.

17 **Begründung**

18 Der Ausstieg der EnBW aus dem britischen Meereswindpark verursacht einen Verlust  
19 von 1,2 Milliarden Euro. Der Milliardenverlust der EnBW mit Windparks ist Folge der  
20 Spekulation der EnBW bei der Energieproduktion mit Großanlagen. Statt Offshore-  
21 Windparks und Großanlagen und teuren Stromtrassen für den Transport zu den  
22 Verbraucher:innen brauchen wir endlich eine dezentrale Energiewende mit  
23 erneuerbaren Energien. Konzernen wie EnBW geht es nur um den Profit. Und dabei  
24 verspekulieren sie sich auch und machen Fehlinvestitionen auf Kosten von  
25 Verbraucher:innen und der Umwelt.

26 Aufgrund von Gewinneinbrüchen in den Jahren 2024/25 fordert die EnBW Anfang  
27 2026 von der Stadt Karlsruhe 51 Millionen Euro Gewerbesteuer zurück. Die Stadt hat  
28 daraufhin einen Einstellungsstopp und eine Haushaltssperre verhängt.

29 Diese Entwicklung zeigt, dass Großkonzerne entmachteter werden und ihre Ressourcen  
30 im Interesse von Belegschaft und Gesellschaft demokratisch verwaltet und kontrolliert  
31 werden müssen.

32 Die Energiekonzerne wie EnBW, RWE, E.on und Vattenfall, die den Energiemarkt unter  
33 sich aufteilen, machen mit Energie riesige Profite. Sie nutzen ihr Monopol bei der  
34 Energieversorgung für hohe Preise bei den privaten Verbraucher:innen. Um die hohen  
35 Preise zu halten, bremsen sie die notwendige preisgünstige dezentrale  
36 Energieversorgung mit erneuerbaren Energien mit allen Mitteln aus:

- 37 • Obwohl südbadische Kommunen bereits vor mehr als sechs Jahren von der  
38 EnBW die Herausgabe der Netze fordern und ein Gericht das von den

- 1 Kommunen verlangte Vergabeverfahren für rechtmäßig erklärt hat, verweigert  
2 die EnBW die Herausgabe.
- 3 • In Stuttgart gab es erfolgreiche Bürger:innenbegehren zur Rekommunalisierung  
4 der einst privatisierten Wasser- und Fernwärmeversorgung, die inzwischen bei  
5 der EnBW gelandet ist. In kommunaler Hand könnte das 240 km lange  
6 Fernwärmenetz auf erneuerbare Wärme und dezentrale Kraft-Wärmekopplung  
7 umgestellt und die viel zu hohen Fernwärmepreise reduziert werden. Trotz der  
8 erfolgreichen Bürgerbegehren verweigert die EnBW die Herausgabe des  
9 Wasser- und Fernwärmenetzes.
  - 10 • Im Juni 2022 hat die EnBW Lieferverträge in Höhe von jährlich zwei Millionen  
11 Tonnen dreckigem LNG-Gas mit einem US-Konzern abgeschlossen. Die  
12 Laufzeit beträgt 20 Jahre!
  - 13 • Mit dem Staatskonzern von Abu Dhabi hat die EnBW im Mai 2024 einen Vertrag  
14 ab 2028 für 15 Jahre über die Liefermenge von 600.000 LNG abgeschlossen.
  - 15 • Die EnBW-Tochter BMP Greengas wurde 2023 in die Insolvenz getrieben. Allein  
16 den Stadtwerken soll dadurch ein Schaden in dreistelliger Millionen-Höhe  
17 entstanden sein. Weitere Geschädigte sind kleinere Akteur:innen wie Landwirte.
  - 18 • Der Bau von kleineren Photovoltaikanlagen auf versiegelten Flächen (z.B.  
19 Dächern) wird von den Energiekonzernen sabotiert. Gleichzeitig bauen sie  
20 riesige Solarparks auf der grünen Wiese. Die EnBW hat z.B. im Kreis Biberach  
21 einen Solarpark mit einer Ausdehnung von 80 Hektar gebaut.
  - 22 • Die EnBW ist auch ein Selbstbedienungsladen für hochdotierte Geschäftsführer.  
23 Der EnBW-Vorstandschef Andreas Schell erhielt für seinen Abgang im März  
24 2024 eine Abfindung in Höhe von 6,42 Millionen Euro. Der derzeitige  
25 Vorstandsvorsitzende Georg Stamatelopoulos erhielt im Jahr 2024 Bezüge in  
26 Höhe von 2,42 Millionen Euro. Auf der anderen Seite wird der Druck auf die  
27 Löhne und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten immer weiter erhöht z.B.  
28 durch Arbeitszeitverlängerung. Der Service für die privaten Energiekunden ist  
29 miserabel. Alle Kundencenter wurden geschlossen. Alles läuft nur noch über  
30 eine hotline.
  - 31 • Es ist kein Zufall, dass die EnBW den CDU-Bundesparteitag in Stuttgart  
32 gesponsert hat. Die EnBW rechtfertigt das als „übliches Instrument des  
33 professionellen Stakeholder- und Beziehungsmanagements“.
  - 34 • Nicht zuletzt weigert sich die EnBW das 4,2 Hektar große nicht mehr genutzte  
35 Betriebsgelände in Stuttgart-Ost zur Nutzung für Wohnraum (Potenzial 800  
36 Wohnungen in Bestandsbauten) und soziale Infrastruktur freizugeben. Seit 2023  
37 stehen die Gebäude komplett leer. Wir fordern, dass die EnBW das gesamt  
38 Gelände sofort kostenlos an die Stadt Stuttgart zurückgibt, das sie als Folge der  
39 Privatisierung der Technischen Werke Stuttgart unter Kontrolle hat.
  - 40 • Die EnBW machte 2024 einen Gewinn von 4,9 Milliarden Euro. 2025 wird mit  
41 einem Abschluss von 4,8 bis 5,3 Milliarden beim Gewinn gerechnet. 50  
42 Milliarden will der Konzern in den nächsten Jahren investieren.

<b>Antrags-Nr.</b>	<b>G06</b>
<b>Antragsteller*in</b>	Antikapitalistische Linke (AKL) Baden-Württemberg (Landessprecher*innenrat)

1 **G06 - Sozialabbau bekämpfen. In den Kommunen beginnen.**

2 **Für ein sozialistisches Programm gegen kommunale Kürzungen, Sozialabbau und**  
3 **die Krise des Kapitalismus**

4 Der Landesparteitag stellt fest, dass die vom Landesparteitag im Oktober  
5 beschlossene Kampagne gegen kommunale Kürzungen bislang nur an einzelnen Orten  
6 umgesetzt wurde. Seither sind in Baden Württemberg und auch bundesweit die  
7 Angriffe auf kommunaler Ebene gegen städtische Beschäftigte und die Masse der  
8 Bevölkerung weitergegangen. Das hat in vielen Städten bereits dramatische  
9 Auswirkungen. Weitere Kürzungen bis hin zu Haushaltssperren sind angekündigt.  
10 Deshalb muss dringend Widerstand in den Kommunen aufgebaut werden und  
11 landesweit vernetzt werden. Widerstandsbündnisse gegen kommunale Kürzungen  
12 werden auch eine wichtige Rolle dabei spielen können die zu erwartenden harten  
13 Angriffe von Seiten der Bundes- und Landesregierung zu bekämpfen.

14 Dazu will Die Linke Baden Württemberg folgenden Beitrag leisten:

- 15 • Aufbau von Widerstandsbündnissen in den Kommunen von Gewerkschaften,  
16 Personalräten, Betriebsgruppen, Organisationen von geflüchteten,  
17 migrantischen Menschen, Menschen mit Behinderungen, Mieter:inneninitiativen,  
18 Wohlfahrtsverbänden, freien Trägern, Elterninitiativen, Sportvereinen. Dabei  
19 können unsere Gemeinderät:innen eine wichtige Rolle spielen, die Initiative  
20 dafür zu ergreifen, diese Organisationen zusammenzubringen indem sie sie zu  
21 einer Versammlung ins Rathaus einladen, bei der von den Auswirkungen der  
22 Kürzungen berichtet wird und ein breites parteiunabhängiges  
23 Widerstandsbündnis aufgebaut wird.
- 24 • Die Gewerkschaften auffordern, einen zentralen Beitrag zu leisten, den Kampf  
25 gegen kommunale Kürzungen und Kürzungen von Landes- und  
26 Bundesregierung auf der Straße und in den Betrieben zu führen.
- 27 • Regelmäßige Bündnistreffen zum Informationsaustausch und zur Planung und  
28 Organisation von Protest- und Widerstandsaktionen mitorganisieren.
- 29 • Der Landesverband lädt vor den Sommerferien zu einer landesweiten offenen  
30 Konferenz gegen kommunale Kürzungen und die von Landes- und  
31 Bundesregierung geplanten Kürzungen ein.
- 32 • Die Linke Baden Württemberg bringt einen Flyer heraus, in dem sie alle  
33 geplanten Kürzungen und Gebührenerhöhungen ablehnt, und erklärt, dass die  
34 Unterfinanzierung der Kommunen und die aktuellen Kürzungen ihre Ursache in  
35 der Krise des Kapitalismus haben. Ausdruck dieser Krise sind auch gigantische  
36 Rüstungsausgaben und Milliarden für zerstörerische Großprojekte wie S 21,  
37 Aus- bzw. Neubau Alaufstieg A 8, Nord-Ostring und viele weitere solcher  
38 Projekte. Wir lehnen alle Kürzungen und Gebührenerhöhungen, die die Masse  
39 der Bevölkerung treffen, ab. Wir konfrontieren die Politik des Sozialabbaus mit  
40 unseren Forderungen für kostenlose Kitas, kostenlosem und gutem Mittagessen  
41 in den Kitas und Schulen, kostenlosem ÖPNV, Erhalt aller Krankenhäuser, mehr

1 Geld für Soziales, Bildung, Gesundheitsversorgung, ÖPNV. Spekulativer  
2 Leerstand bei Wohnungen und Büros muss für Wohnzwecke und soziale  
3 Infrastruktur beschlagnahmt und enteignet werden. Zur Finanzierung von  
4 Verbesserungen fordern wir eine Erhöhung der Gewerbesteuer in den  
5 Kommunen, Stop der Zinszahlungen an die Banken, die Einführung einer  
6 Vermögenssteuer für die Superreichen, eine hohe Erbschaftssteuer auf hohe  
7 Vermögen, Eintreibung der durch Cum-Cum und Cum-Ex geklauten  
8 Steuergelder, die Schließung von Steueroasen und Bekämpfung von  
9 Steuerhinterziehung, radikale Abrüstung, Schluss mit zerstörerischem Ausbau  
10 von Straßen und Autobahnen, Überführung der Banken und Konzerne in  
11 Gemeineigentum und eine demokratisch nach den Bedürfnissen geplante  
12 Wirtschaft und Gesellschaft.

13

14 Wir stimmen keinem städtischen Haushalt zu, weil es in keiner Stadt einen Haushalt  
15 geben wird, der unseren Vorstellungen und unseren Positionen entspricht. Unsere  
16 Gemeinde-, Kreis- und Regionalräte sind aufgefordert gegen prokapitalistische  
17 Haushalte zu stimmen und dies öffentlich zu machen und öffentlich zu begründen.

- 18 • Wir beugen uns nicht den Sachzwängen leerer Kassen oder dem  
19 haushälterischen Machbaren, sondern gehen aus von den Bedarfen der  
20 Mehrheit der Bevölkerung und des Klimas (sorgende Städte, Klimaneutralität,  
21 Barrierefreiheit, Inklusion, kostenlose Mobilität, bezahlbare Wohnungen,  
22 Gesundheitsversorgung....)
- 23 • Wir erklären, dass die „Bürgerhaushalte“, dort wo es sie gibt,  
24 Alibiveranstaltungen sind und fordern eine demokratische Aufstellung des  
25 städtischen Haushalts in dem die Bedarfe durch eine Konferenz von  
26 Vertreter:innen aus allen Bereichen zusammenkommen und ihre Bedarfe  
27 anmelden und auf dieser Grundlage ein durch die Stadtbevölkerung  
28 demokratisch entwickelter Haushalt verabschiedet wird, der demokratisch  
29 kontrolliert werden muss. Nur so kann kommunale Selbstbestimmung und  
30 Demokratie verwirklicht werden.

31

## 32 **Begründung**

33 Die Kommunen waren in der Vergangenheit bereits unterfinanziert und werden es  
34 aufgrund der rezessionsbedingten Einbrüche bei der Gewerbe- und  
35 Einkommenssteuer noch mehr.

36 Der steigende Reichtum der Vermögenden und die Pleite der Kommunen sind zwei  
37 Seiten einer Medaille.

38 Die Unterfinanzierung der Kommunen sind Teil der Umverteilungspolitik von unten  
39 nach oben und der Logik des Kapitalismus. Deshalb führen wir den Kampf gegen  
40 kommunale Kürzungen und für eine bessere öffentliche Daseinsvorsorge mit dem Ziel  
41 den Kapitalismus abzuschaffen und eine sozialistische Demokratie zu erkämpfen. Ein  
42 wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Überführung der Banken und Konzerne in  
43 Gemeineigentum und die Nutzung ihrer Ressourcen im Interesse der Beschäftigten und  
44 der Gesellschaft, statt für Profitproduktion und private Aneignung durch eine kleine  
45 Minderheit von Kapitalist:innen. Die Banken ziehen aus den Schulden der öffentlichen  
46 Haushalte jährlich zwischen 30 und 40 Milliarden Euro Profit. Dies muss durch

1 Überführung der Banken in Gemeineigentum unter demokratischer Verwaltung und  
2 Kontrolle beendet werden.

3 Wir erklären, dass es notwendig ist, dass die Gewerkschaften konsequent die  
4 Interessen der arbeitenden Klasse vertreten und gegen Kürzungen durch Kommunen,  
5 Länder und Bund ihre Kampfkraft in die Waagschale werfen und dabei notfalls auch  
6 das Mittel Streik einsetzen müssen. Wir tragen den Kampf gegen kommunale  
7 Kürzungen deshalb in die Betriebe und Gewerkschaften.

8 Wir nutzen unsere Mandate in den Gemeinde-, Kreis- und Regionalräten um in diesem  
9 Sinne öffentlichkeitswirksam die Verwaltung, Bürgermeister und anderen Parteien für  
10 ihre Kürzungspolitik anzugreifen und das Bündnis gegen Kürzungen zu unterstützen  
11 und zur Beteiligung aufzurufen.

12 Wir erklären, dass der außerparlamentarische Kampf aller von Kürzungen Betroffenen –  
13 egal welches Geschlecht, welche Hautfarbe, welchen Pass, welche Religion, welche  
14 sexuelle Orientierung, welche Behinderung eine Waffe im Kampf gegen AfD und  
15 Neonazis ist.

16 Ein Kampf gegen kommunale Kürzungen kann die Linke enorm stärken und weiter in  
17 den Stadtteilen und Betrieben verankern. Beim Zusammenkommen eines  
18 parteiunabhängigen Widerstandsbündnisses verstecken wir uns nicht hinter dem  
19 Bündnis, sondern treten selbstbewusst als Linke auf. Wir werben Menschen mit denen  
20 wir im Kampf gegen kommunale Kürzungen zusammenarbeiten und kennen lernen für  
21 DIE LINKE.

22 Eine offensive Kampagne gegen kommunale Kürzungen, in der die Linke eine zentrale  
23 Rolle spielt und mit einem antikapitalistischen sozialistischen Profil auftritt ist die beste  
24 Vorbereitung auf den Widerstand gegen die Kürzungen, die von der Merz - und auch  
25 der neuen Landesregierung zu erwarten sind.

26 Antrag 6 an den 10. Landesparteitag von Die Linke Baden Württemberg  
27 Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke (AKL) Baden-Württemberg  
28 (Landessprecher\*innenrat)

<b>Antrags-Nr.</b>	<b>G07</b>
<b>Antragsteller*in</b>	Antikapitalistische Linke (AKL) Baden-Württemberg (Landessprecher*innenrat)

1 **G07 - Stoppt Krieg, Vertreibung und Völkermord im Nahen Osten**

2 **Schluss mit Imperialismus & Kapitalismus!**

3 Der Landesparteitag der Partei Die Linke Baden-Württemberg verurteilt die  
4 Bombardierung des Iran, den Einmarsch der israelischen Armee im Libanon und die  
5 verschärfte Vertreibung der Palästinenser:innen im Westjordanland und die  
6 Vertreibung Hunderttausender Menschen im Libanon.

7 Der imperialistische Angriff Israels und der USA dient dem Ziel der Schaffung eines  
8 Großisraels und der Ausweitung des Einflussgebiets der USA. Es geht weder um  
9 Menschenrechte und Demokratie im Iran noch um die Verhinderung einer iranischen  
10 Atombombe.

11 Dieser Krieg ist eine Bestätigung des berühmten Satzes des französischen Sozialisten  
12 Jean Jaurès: „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“ Er ist  
13 Teil einer dramatischen Zunahme von Kriegen, militärischen Konflikten und  
14 Militarisierung als Folge der Krise des kapitalistischen Systems, der zunehmenden  
15 Konkurrenz zwischen Konzernen und Staaten und der Neuordnung der globalen  
16 Machtverhältnisse zwischen imperialistischen Mächten.

17 Es ist kein Zufall, dass die Bundesregierung nicht die Militärschläge von Israel und den  
18 USA kritisiert, sondern nur die Gegenschläge des Iran. Während die Bundesregierung  
19 betont, keine Kriegspartei zu sein, wird unter den Teppich gekehrt, dass die US-  
20 Luftwaffenbasis in Ramstein eine zentrale Rolle bei der Koordination amerikanischer  
21 Drohnen- und Raketenangriffe im Nahen Osten spielt. Wenn Merz bedauert hat, dass  
22 Deutschland nicht bereit war, seine Interessen mit militärischer Gewalt durchzusetzen,  
23 spricht das Bände über die wahren Absichten der Aufrüstung der Bundeswehr, die  
24 Wiedereinführung der Wehrpflicht und die Militarisierung der Gesellschaft.

25 Wir stehen auf der Seite der Opfer des Kriegs – der Arbeiter:innen, Armen, Frauen,  
26 Kinder auf allen Seiten der kriegführenden Mächte – und unterstützen weder das  
27 Mullah-Regime noch die Machtübernahme eines vom Schah-Sohn Reza Pahlavi  
28 geführten prokapitalistischen Regimes. Unsere Unterstützung gilt den Arbeiter:innen-,  
29 Frauen- und Jugendbewegungen im Iran, die das Regime stürzen und eine  
30 Gesellschaft in ihrem Interesse aufbauen wollen.

31 Wir fordern:

- 32 • Stoppt die Bomben - sofortige Einstellung der Kriegshandlungen gegen den Iran
- 33 • Für Proteste und Streiks weltweit gegen den Krieg der USA und Israels, gegen  
34 den Völkermord an den Palästinenser:innen, der Vertreibungen im  
35 Westjordanland und Libanon und zur Unterstützung der Massenbewegung im  
36 Iran gegen die Diktatur
- 37 • Schluss mit Waffenlieferungen und politischer Unterstützung für die  
38 imperialistische Politik der USA und Israels durch die Bundesregierung

- 1 • Schließung aller US-Stützpunkte in Deutschland, insbesondere des Drehkreuzes
- 2 Ramstein
- 3 • Abzug aller Bundeswehrsoldat:innen aus dem Nahen Osten und allen anderen
- 4 Auslandseinsätzen
- 5 • Verstaatlichung der Mineralöl- und Energiekonzerne unter demokratischer
- 6 Verwaltung und Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung zur Verhinderung von
- 7 Kriegsgewinnen
- 8 • Für den Sturz des Mullah-Regimes – aber durch eine Massenbewegung der
- 9 iranischen Arbeiter:innen und Jugendlichen
- 10 • Kein Vertrauen in pro-kapitalistische Kräfte! Für eine Regierung der
- 11 Arbeiter:innen und Armen im Iran!
- 12 • Kapitalismus bedeutet Krieg: Für sozialistische Demokratie!

<b>Antrags-Nr.</b>	<b>G08</b>
<b>Antragsteller*in</b>	KV Heidenheim Lena Graf (Kreisvorstandsvorsitzende), Henrik Bräuer (Kreisvorstandsvorsitzender), Till Blatt (stellvertretender Vorstandsvorsitzender), Daniel Rolfs (Schatzmeister)

1 **G08 – Heidenheim Antrag 7**

2 Die 1. Tagung des 10. Landesparteitages des Landesverbandes Baden-Württemberg  
3 der Partei Die Linke möge beschließen:

- 4 1. Der Landesparteitag verurteilt den von der schwarz-roten Bundesregierung am  
5 29. Januar 2026 beschlossenen Gesetzentwurf zur „Stärkung der Resilienz  
6 kritischer Anlagen“ (KRITIS-Dachgesetz, Drucksache 21/2510) als unzureichend  
7 und in wesentlichen Punkten mangelhaft.
- 8 2. Der Landesparteitag unterstützt die Kritik der Bundestagsfraktion an den  
9 wesentlichen Mängeln des Gesetzentwurfs.
- 10 3. Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, im Bundesrat auf substantielle  
11 Nachbesserungen des Gesetzes zu drängen.
- 12 4. Der Landesparteitag fordert im Einzelnen:
- 13 a. Einbeziehung der öffentlichen Verwaltung, einschließlich des  
14 Bundestages und der Bundesministerien, in den vollständigen  
15 Anwendungsbereich des KRITIS-Schutzes.
- 16 b. Verbindliche Mindeststandards für den Schutz kritischer Infrastrukturen  
17 statt einer pauschalen Ermächtigung des Bundesministeriums des Innern.
- 18 c. Regelmäßige parlamentarische Überprüfung der Umsetzung des  
19 Gesetzes.
- 20 d. Angemessene Bußgelder, die tatsächlich abschreckend wirken und den  
21 wirtschaftlichen Vorteil von Verstößen übersteigen.
- 22 e. Berücksichtigung der kommunalen Ebene mit angemessenen  
23 Umsetzungsfristen und Finanzmitteln.
- 24 f. Zusammenführung von physischer und digitaler Sicherheit in einem  
25 kohärenten gesetzlichen Rahmen.
- 26 g. Kürzere Nachweisfristen für die Umsetzung des IT-Grundschutzes (3  
27 statt 5 Jahre).

28 Die Details des Antrags werden noch mit einem Änderungsantrag bis 10. April 2026  
29 ergänzt und angepasst.

30 **Begründung:**

31 Am 29. Januar 2026 beschloss der Deutsche Bundestag das KRITIS-Dachgesetz zur  
32 Umsetzung der EU-Richtlinie 2022/2557 (CER-Richtlinie). (Bundestag: Debatte zum  
33 KRITIS-Dachgesetz (Drucksache 21/2510), 29.01.2026.  
34 [https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw05-de-kritische-  
infrastruktur-1137002](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw05-de-kritische-<br/>35 infrastruktur-1137002))

1 Die Abgeordneten der Fraktion Die Linke haben in der parlamentarischen Debatte  
2 schwerwiegende Mängel des Gesetzentwurfs aufgezeigt:

3 Die Abgeordnete Vogtschmidt kritisierte, dass sich der Staat mit diesem Gesetz de  
4 facto aus der Cybersicherheit zurückziehe und der IT-Grundschutz lediglich für das  
5 Bundeskanzleramt und die Ministerien gelte, während weite Teile der öffentlichen  
6 Verwaltung ausgenommen blieben. Die Abgeordnete Büniger bemängelte das Fehlen  
7 regelmäßiger Überprüfungen und verwies darauf, dass die Höchststrafe von lediglich  
8 500.000 Euro für Betreiber kritischer Infrastrukturen günstiger sei als die Investition in  
9 angemessene Schutzmaßnahmen – ein offensichtlicher Fehlanreiz. Die Abgeordnete  
10 Köstering stellte fest, dass der Bundestag und die Bundesministerien selbst vom  
11 Anwendungsbereich des Gesetzes ausgenommen seien, wodurch keine echte  
12 Sicherheit, sondern lediglich zusätzliche Bürokratie geschaffen werde. (Bundestag:  
13 Debatte zum KRITIS-Dachgesetz (Drucksache 21/2510), 29.01.2026.  
14 [https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw05-de-kritische-  
infrastruktur-1137002](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw05-de-kritische-<br/>15 infrastruktur-1137002))

16 Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) kritisiert, dass die Kommunen  
17 „komplett raus“ seien und die vorgesehenen Umsetzungsfristen zu kurz bemessen  
18 seien. Der Cyberangriff auf den Landkreis Anhalt-Bitterfeld im Jahr 2021, der erste  
19 Katastrophenfall aufgrund eines Cyberangriffs in der Geschichte der Bundesrepublik,  
20 dessen Folgen über ein Jahr andauerten, belegt eindringlich die reale Bedrohungslage  
21 gerade auf kommunaler Ebene.

22 Das Gesetz schafft in seiner vorliegenden Form Bürokratie statt Sicherheit, privilegiert  
23 den Staat gegenüber privaten Betreibern, benachteiligt die Kommunen und lässt  
24 zentrale Anforderungen der EU-Richtlinie unerfüllt. Der Landesparteitag fordert die  
25 Fraktionen auf allen Ebenen auf, sich für eine grundlegende Nachbesserung  
26 einzusetzen, die den Schutz kritischer Infrastrukturen tatsächlich verbessert und nicht  
27 lediglich eine bürokratische Hülle schafft.